

2004-  
2008

2009-  
2014

2016-  
2020

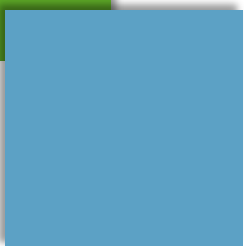
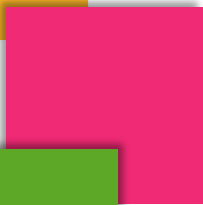
# Integrationskonzept 2022- der Landeshauptstadt Wiesbaden 2026



  
WIESBADEN



Amt für Zuwanderung  
und Integration





---

# Grundlagen und Handlungsfelder für ein gelingendes Zusammenleben in Vielfalt



# **Wiesbadener Integrationskonzept 2022 - 2026**



# Vorwort

Das Integrationskonzept 2022 - 2026 ist unter besonderen Bedingungen entstanden. Der ursprünglich vorgesehene Prozess mit Arbeitsgruppen und Workshops sowie einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung im Rathaus konnte aufgrund der pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen nicht wie geplant stattfinden. Inhaltliche Abstimmungen wurden größtenteils in Skype-Konferenzen und per E-Mail durchgeführt. Unter dem Strich haben diese eher widrigen Rahmenbedingungen das Ergebnis nicht grundsätzlich beeinflusst. Eine Vielzahl an Akteuren wurde eingebunden und die von der Verwaltung vorgelegten Entwürfe waren eine gute Basis für weitere Anregungen und Diskussionen. Sicherlich hätte es an der einen oder anderen Stelle bei einem persönlichen Treffen noch mehr vertiefende Auseinandersetzungen gegeben. Es ist eben einfach etwas anderes Texte per E-Mail zu erhalten und dann zu kommentieren, als in einer größeren Runde Argumente auszutauschen. Die Bereitschaft einer intensiven Auseinandersetzung musste zeitweise zurücktreten, da es für viele der beteiligten Akteure galt, ihre Kreativität und ihren Elan eher in den Umgang mit den Corona bedingten Auflagen und deren Auswirkungen auf die tägliche Arbeit und das persönliche Umfeld einzubringen.

Wiesbaden hat in den letzten 10 Jahren eine kontinuierliche Zuwanderung aus dem Ausland erlebt. Damit meine ich nicht nur die in der Öffentlichkeit besonders wahrgenommene Zuwanderung Geflüchteter. Insbesondere aus den süd- und ost-europäischen Ländern kamen im Rahmen der EU-Binnenmigration viele Neuzuwanderer nach Wiesbaden.



Ihnen allen eine dauerhafte Perspektive zu ermöglichen, ist einer der Schwerpunkte des vorliegenden Integrationskonzeptes. Ich begrüße in diesem Zusammenhang die Ankündigung der aktuellen Bundesregierung, für eine möglichst rasche Integration aller Menschen, die nach Deutschland kommen, von Anfang an Integrationskurse anzubieten und für eine schnelle und nachhaltige Arbeitsmarktintegration die darauf aufbauenden Berufssprachkurse stärker zu fördern und die dafür notwendigen Mittel zu verstetigen. Gleichzeitig ist es auch notwendig gewesen das sich wandelnde Verständnis von Integration darzustellen. Vielfalt ist Alltag, ist selbstverständlich geworden, mit allen damit verbundenen Herausforderungen. Gerne hätte ich mit Ihnen auf der ursprünglich vorgesehenen Integrationskonferenz den Entwurf des vorliegenden Integrationskonzeptes diskutiert. Als Gast war der Autor Aladin El-Mafaalani vorgesehen. Er beschreibt treffend die Herausforderungen: warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. Teilhabe bedeutet teilnehmen und teilnehmen bedeutet mitdiskutieren.



Ohne Auseinandersetzung kann es kein gutes Zusammenleben geben, das den Leitlinien gegenseitigen Respekts und Achtung folgt.

Integration lebt von Respekt, Wertschätzung und Toleranz. Sie lebt und ist geprägt von ständiger Veränderung.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen, die bei der Entwicklung des Integrationskonzeptes mitgearbeitet haben.

Was wir erreichen wollen, klingt vielleicht in manchen Ohren etwas abstrakt. Angesichts des Zeitrahmens, die kommenden fünf Jahre, ist es jedoch ein gutes Dach, unter dem vielfältige Möglichkeiten zur Zielerreichung denkbar sind. Ich bin zuversichtlich, dass sie erreicht werden können. Die Richtung ist bestimmt.

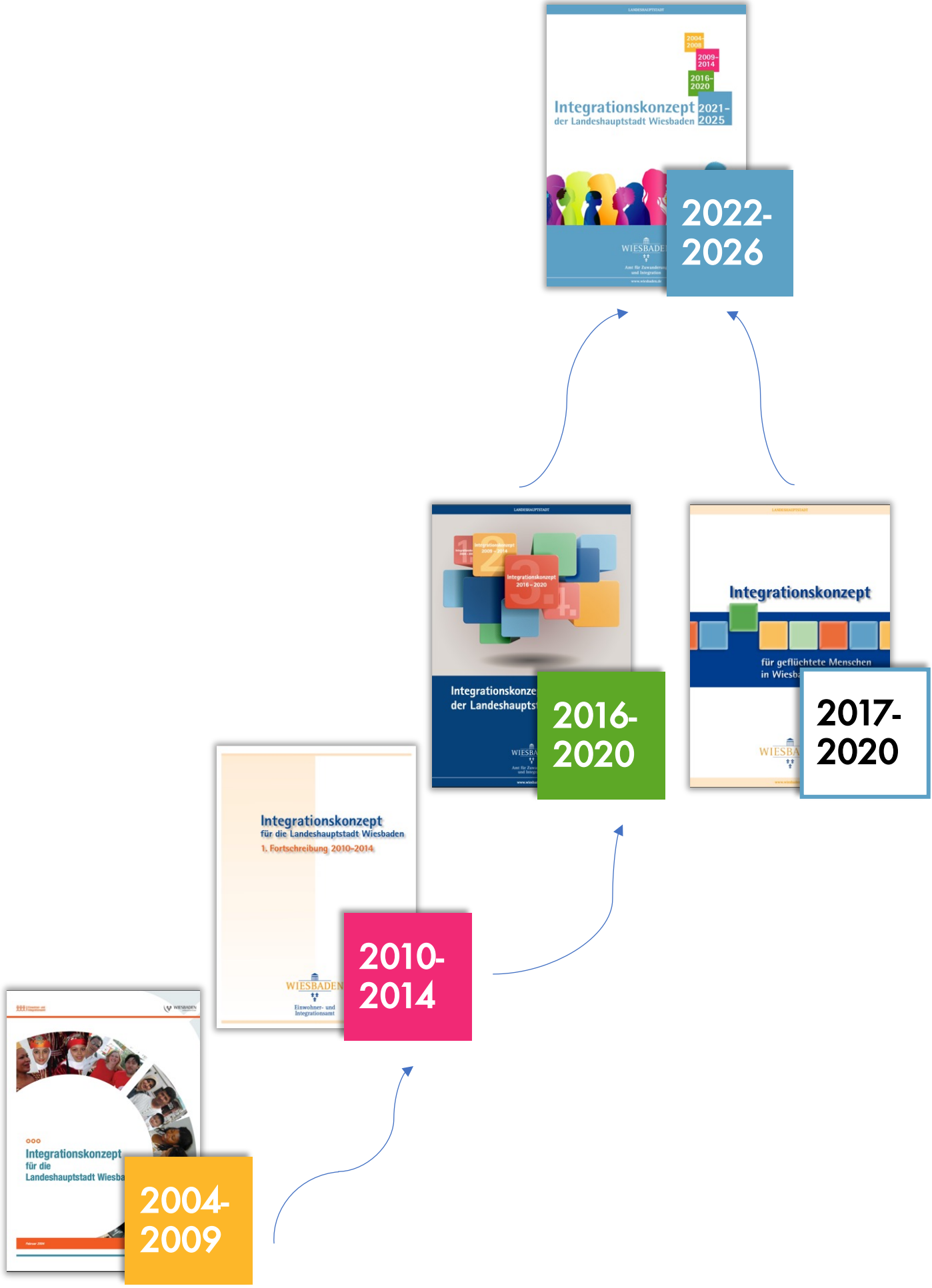
 **Christoph Manjura**

*Dezernent für Soziales, Bildung, Wohnen und Integration*



## Inhaltsverzeichnis

Zur dritten Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Wiesbaden 2022 - 2026	7
Grundvoraussetzungen und Leitlinien der Integration	8
Das Verständnis von Integration wandelt sich	11
Ziele und Handlungsfelder der Integrationsarbeit	13
Herausforderung in allen Handlungsfeldern	15
Handlungsfelder	
Bildung	16
Sprache	23
Arbeit	26
Gesundheit	30
Sport	36
Bürgerbeteiligung und Bürger*innenengagement	39
Politische Partizipation	42
Migrantenorganisationen	44
Abbau Diskriminierung / Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Extremismusprävention	45
Stadtteile	48
Kultur	50
Interkulturelle Öffnung	53
Religion	56
Integration als Querschnittsaufgabe	60
Funktion des Amtes für Zuwanderung und Integration	60
Organisation der Steuerung und Vernetzung	60
Berichtswesen	61
Übersicht der Beteiligten bei der Erstellung des Integrationskonzeptes	62
Anlage Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund	65
Bildnachweise Fremdquellen	67



2004-2009



2010-2014



2016-2020



2017-2020



2022-2026



## **Zur dritten Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Wiesbaden 2022-2026**

Seit der Gründung des Einwohner- und Integrationsamtes im Jahr 2001 sind mittlerweile zwanzig Jahre vergangen. Seit dem ersten Integrationskonzept 2004 - 2009 steht das Bestreben im Vordergrund, Integrationspolitik als partizipativen und diskursiven Planungsprozess zu verstehen, der einen möglichst breiten politischen und fachlichen Konsens anstrebt.

In der ersten Fortschreibung 2010 - 2015 wurde der Fokus auf die besonderen Potenziale, Ressourcen und Chancen gelegt, die sich aus den persönlichen Migrationserfahrungen und kulturellen Verschiedenheiten ergeben. Die daran anknüpfende zweite Fortschreibung des Integrationskonzeptes 2016 - 2020 ergänzte unter anderem die Aspekte einer Willkommens- und Anerkennungskultur und beleuchtete die Frage nach der Steuerung und Gestaltung der Vielfalt. Die nun vorliegende dritte Fortschreibung des Wiesbadener Integrationskonzeptes 2022 - 2026 verfolgt diese Leitgedanken weiter.



Zuwanderung ist kein Ausnahmezustand, sondern ist die Regel geworden und hat die Stadtgesellschaft seit mehreren Jahrzehnten verändert und geprägt. Im Vordergrund der dritten Fortschreibung steht die Gruppe der Neuzugewanderten.

Hier gilt es frühzeitig und systematisch den weiteren Integrationsprozess zu gestalten, der im Wesentlichen auf eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zielt.

Auch wenn in der öffentlichen Wahrnehmung die Zuwanderung Geflüchteter etwa aus Syrien und Afghanistan besonders aufmerksam verfolgt wurde, stammen die meisten Zugewanderten der letzten Jahre aus der EU zugehörigen Ländern. Diese Binnendynamik innerhalb der Europäischen Union ist politisch gewollt und durch unterschiedliche Gesetzgebungen ermöglicht worden.

[Die Phase unmittelbar nach der Ankunft in Deutschland ist von entscheidender Bedeutung für den weiteren Integrationsprozess aller aus dem Ausland neu zugewanderten Menschen.](#)

Sie haben sich in einer neuen Umgebung zurechtzufinden, haben in der Regel die deutsche Sprache zu erlernen und müssen sich mit den Werten vertraut machen, die das Zusammenleben in Deutschland prägen. Parallel hierzu gilt es für die meisten der Zugewanderten, den Zugang zur Erwerbsarbeit erfolgreich zu bewältigen. Hilfreich in dieser Phase der Erstintegration sind Beratungsangebote und Informationen beispielsweise zu den Möglichkeiten, die deutsche Sprache zu lernen, Berufs- und Bildungsabschlüsse anerkannt zu bekommen und Zugänge zu den Regelversorgungen und -infrastrukturen zu erhalten.

## Grundvoraussetzungen und Leitlinien der Integration

### Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Integration

Im Folgenden sind die Voraussetzungen beschrieben, die die Landeshauptstadt Wiesbaden für einen erfolgreichen Integrationsprozess für unabdingbar hält:

#### 1. Gemeinsame Werte als Fundament für Vielfalt



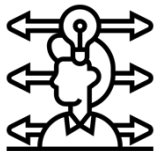
Erfolgreiche Integration setzt angesichts der Vielfalt der Kulturen, Religionen, Traditionen und Gewohnheiten ein für alle verbindliches gemeinsames Fundament an Werten und Normen<sup>1</sup> voraus. Dieses Fundament bildet unsere Verfassung, insbesondere die freiheitlich-demokratische Grundordnung und das Rechtsstaatsprinzip sowie die Trennung von Kirche, Religion und Staat und die Gleichberechtigung der Geschlechter.

#### 2. Integration als wechselseitiger Prozess



Getragen von den Prinzipien der Solidarität, der Gleichberechtigung und der Eigenverantwortung erfordert eine erfolgreiche Integration eine wechselseitige Integrationsbereitschaft, die von Toleranz und Akzeptanz und dem Einsatz für ein offenes und vorurteilsfreies gesellschaftliches Klima geprägt ist. Hierzu gehört auf Seiten der zugewanderten Bevölkerung die Bereitschaft, bestehende Angebote zur Integration wahrzunehmen, und auf Seiten der Aufnahmegesellschaft die Notwendigkeit, bestehende Exklusionsprozesse kritisch zu hinterfragen und zu beseitigen.

#### 3. Integrationsarbeit ist flexibel und lösungsorientiert



Der Integrationsprozess wird durch sich stetig verändernde Rahmenbedingungen aufgrund gesellschaftlicher Diskussionen und teilweise damit verbundener gesetzlicher (Neu-)Reglungen beeinflusst. Dies erfordert eine stets flexible und lösungsorientierte Integrationsarbeit, die gesellschaftliche Bedürfnisse und Herausforderungen berücksichtigt. Ziel muss hierbei die Möglichkeit eines gleichberechtigten Zugangs zu gesellschaftlicher Teilhabe sein und zwar unabhängig von Alter, Geschlecht, Hautfarbe, Religion, sozialer und kultureller Herkunft, Behinderung, Weltanschauung sowie sexueller Identität.

<sup>1</sup> Basis für ein gelingendes Zusammenleben sind die im Grundgesetz rechtlich festgelegten (Grund-) Werte und die daraus abgeleiteten Normen im Sinne von Verhaltensanforderungen, die in bestimmten Situationen von einer Person erfüllt werden müssen. Unabhängig davon existieren auch gesellschaftliche Normen, die einen Soll- oder Kann-Charakter haben. Diese sind in stärkerem Maße als die Muss-Normen gesellschaftlicher Entwicklungen und einem ständigen Aushandlungsprozess unterworfen.

## Leitlinien der Integrationsförderung

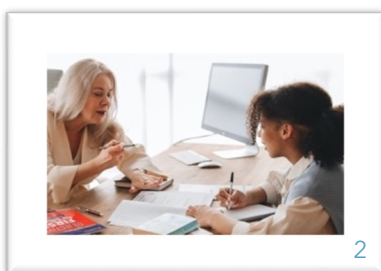
Der Integrationsarbeit in Wiesbaden liegen folgende Grundsätze zugrunde:

### Gleichberechtigte Teilhabe

Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ist die Grundlage für die Zukunftsfähigkeit des demokratischen Gemeinwesens. Gleichberechtigte Zugangs- und Verwirklichungschancen in allen gesellschaftlichen Bereichen sind hierfür zentrale Bedingung. Das schließt ebenso die Erwartung an Politik und Verwaltung ein, aktiv zur Entwicklung eines besseren Lebens aller Mitglieder beizutragen, wie die Bereitschaft jedes einzelnen Mitglieds der Gesellschaft, seine Chancen durch Teilnahme aktiv wahrzunehmen. Offene und versteckte Hindernisse, die dem entgegenstehen, müssen erkannt und beseitigt werden. Hierzu gilt es unter anderem, Prozesse der interkulturellen Öffnung in allen gesellschaftlichen und institutionellen Bereichen zu unterstützen, die politische Partizipation zu verbessern und das bürgerschaftliche Engagement in allen gesellschaftlichen und institutionellen Bereichen zu fördern. Zur Gewährleistung gleichberechtigter Teilhabe gehört auch eine Öffentlichkeitsarbeit mit Informationen in leicht verständlicher Sprache und auf zeitgemäßen Kommunikationswegen, um diversitätssensibel unterschiedliche Zielgruppen zu erreichen.



1



2

### Schlüsselfunktion Deutscherwerb

Der Erwerb der deutschen Sprache ist eine Schlüsselfunktion und zentrale Voraussetzung für eine gelingende gesellschaftliche Teilhabe, für Bildungs- und Erwerbsintegration. Es muss sichergestellt werden, dass zugewanderte Menschen einen möglichst schnellen Zugang zum Erlernen der deutschen Sprache erhalten.

### Integration als nachhaltige Querschnittsaufgabe

Integrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche kommunalen Handelns und alle Bereiche der Stadtverwaltung und städtischer Unternehmen betrifft und nachhaltig verfolgt werden muss. Die Stadt orientiert sich als Arbeitgeberin und Anteilseignerin an der von ihr unterzeichneten Charta der Vielfalt.



3

### Vernetzung und Adressatenbeteiligung

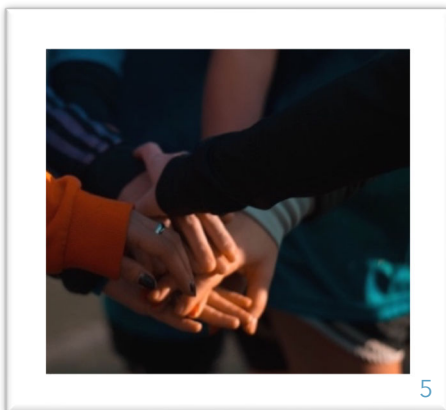
Durch die Vernetzung relevanter öffentlicher, privatwirtschaftlicher und gemeinnütziger Organisationen soll eine hohe Wirksamkeit und große Akzeptanz der vorgesehenen Maßnahmen und Programme erreicht werden. Dabei ist grundsätzlich darauf zu achten, dass diese unter Einbeziehung der angestrebten Zielgruppen und mit Blick auf deren Potenziale geplant und umgesetzt werden.

### Offene Streitkultur gegen Diskriminierung

Allen Formen von Fremdenfeindlichkeit, Extremismus, Fundamentalismus, Rassismus, geschlechtsspezifischer Diskriminierung, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Intoleranz gilt es entschieden entgegenzutreten. Dies darf jedoch nicht zu einer Einschränkung der Diskussions- und Streitkultur durch ungerechtfertigte Tabuisierungen und Sprachverbote führen.



4



5

### Förderung des Zusammenhalts in einer vielfältigen Stadtgesellschaft

Die Schaffung von gleichen Teilhabechancen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen ist ein wesentlicher Anspruch von Integrationsarbeit. Darüber hinaus gilt es, in der Stadtgesellschaft die Anerkennung von kultureller und religiöser Vielfalt zu stärken und ein gelingendes Zusammenleben in Vielfalt zu fördern. Das erfordert Dialog und Verständigung, damit nicht in einem bloßen Nebeneinander Misstrauen erwächst.

## Das Verständnis von Integration wandelt sich

Ende 2020 haben 114.728 Wiesbadenerinnen und Wiesbadener einen Migrationshintergrund – das sind 39,4 % der Bevölkerung. Gut die Hälfte von ihnen besitzt ausschließlich eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die anderen 50.942 sind Deutsche, die entweder selbst aus dem Ausland zugewandert sind oder von denen zumindest ein Elternteil aus dem Ausland stammt.<sup>2</sup>

In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund um 29,4 % gestiegen. In der Altersgruppe der unter 18-Jährigen bildet Ende 2019 dieser Bevölkerungsteil bereits die Mehrheit: Hier liegt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund bei ca. 60%.<sup>3</sup> Damit verschieben sich die Voraussetzungen, die noch in den letzten Jahrzehnten die Integrationsdebatten und das Verständnis von Integration in der Stadt Wiesbaden geprägt haben. Weder lässt sich heute von einer alt-eingesessenen Mehrheitsgesellschaft und einer zugewanderten Minderheit sprechen, noch ist die Aufnahmegesellschaft so homogen, als dass klar wäre, an welchen Maßstäben sich Integration im Sinne einer „kulturellen Anpassung“ zu orientieren hätte.

Gleichwohl gibt es Differenzen, die integrationspolitisch relevant sind: So weisen die Daten des Wiesbadener Monitorings zum Stand der Integration teilweise deutliche Unterschiede bei der erfolgreichen Teilnahme im Bildungssystem und am Arbeitsmarkt zwischen Bevölkerungsteilen mit und ohne Migrationshintergrund auf. Auf diesem Feld der strukturellen Integration besteht also nach wie vor die

Herausforderung, die unterschiedlichen Lebenslagen anzugleichen.

Weiterhin gültig und zunehmend wichtiger ist zudem die Forderung nach einem konstruktiven Umgang aller Beteiligten mit Vielfalt und Verschiedenheit. Hierzu gehören die Befähigung und Bereitschaft aller, in einer in vielerlei Hinsicht pluralistischer werdenden Gesellschaft soziale Beziehungen aufzubauen und aktiv am gemeinschaftlichen Zusammenhalt mitzuwirken. Den Rahmen und die Spielregeln dafür liefern die in der Verfassung verankerten demokratischen Grundsätze sowie gegenseitiger Respekt und die Anerkennung von Verschiedenheit. Daran haben sich alle, ob zugewandert oder nicht, zu halten.

*Religiöse und kulturelle Differenz ist für sich betrachtet kein Zeichen von Desintegration. Diese beginnt dort, wo die Menschenwürde verletzt wird und wo Regeln des Zusammenlebens nicht mehr gewahrt werden.*

Religiöse und kulturelle Differenz ist für sich betrachtet kein Zeichen von Desintegration. Diese beginnt dort, wo die Menschenwürde verletzt wird und wo Regeln des Zusammenlebens nicht mehr gewahrt werden. Integrationspolitik ist deswegen bleibend darauf gerichtet, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und allen Formen von Fundamentalismus vorzubeugen sowie diejenigen zu stärken, die Diskriminierung und Ausgrenzung erfahren und in ihrer individuellen Freiheit bedroht sind. Sie leistet somit einen Beitrag dazu, Vielfalt als Bereicherung zu erfahren und die positiven Ressourcen zu wecken, die darin für die Gestaltung von Gesellschaft liegen.

<sup>2</sup> Monitoring zur Integration von Migranten, Fortschreibung der Daten und Indikatoren 2021

<sup>3</sup> Monitoring zur Integration von Migranten, Bericht 2020

**Unter diesen Prämissen legen wir das folgende Verständnis von Integration der Fortschreibung des Wiesbadener Integrationskonzeptes für die Jahre 2022-2026 zugrunde:**

*Unter (erfolgreicher) Integration verstehen wir die dauerhafte Aufgabe, einen gleichberechtigten Zugang zu und eine diskriminierungsfreie Teilhabe an den ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft herzustellen sowie den konstruktiven Umgang aller Beteiligten mit Vielfalt und Verschiedenheit zu befördern. Dies setzt voraus, bestehende Inklusions- und Exklusionsprozesse zu erkennen und zu bearbeiten. Der Rahmen und die Maßstäbe für dieses Integrationsverständnis sind durch die freiheitliche demokratische Grundordnung gesetzt.*

## Ziele und Handlungsfelder der Integrationsarbeit

Mit den folgenden Handlungsfeldern und Zielsetzungen setzt die Landeshauptstadt Wiesbaden ihre Schwerpunkte in der Integrationsarbeit. Im Zuge der Diskussion um die Ziele und Maßnahmen für das vorliegende Integrationskonzept kam mehrmals die Frage nach den Zielgruppen der Integrationsarbeit auf. Da sich dies nicht für alle Handlungsfelder gleich beantworten lässt, finden sich teilweise zu Beginn bei der Beschreibung der Ausgangssituation in den einzelnen Handlungsfeldern erläuternde Ausführungen hierzu.

### Definitionen des Begriffs „Migranten“

Im umgangssprachlichen Gebrauch wird häufig der Begriff „Migranten“ mit „Menschen mit Migrationshintergrund“ oder „Zugewanderte“ oder „Ausländische Bevölkerung“ gleichgesetzt bzw. synonym verwendet. Dies entspricht allerdings nicht den Definitionen, die innerhalb der amtlichen Statistiken verwendet werden. Diese folgen, z. B. bei der Erfassung von Wanderungsbewegungen, jeweils eigenen Definitionen. Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Begriffe zu sortieren und so zu beschreiben, wie sie später bei den Zielen und Maßnahmen zu verstehen sind.

Gemäß der Definition der Vereinten Nationen werden mit dem Begriff „Migranten“ alle Personen erfasst, die sich länger als ein Jahr in einem anderen als ihrem Herkunftsland aufhalten. Dabei spielen die Motive und der rechtliche Status ebenso wenig eine Rolle wie die Frage der Freiwilligkeit.

*Gemäß der Definition der Vereinten Nationen werden mit dem Begriff „Migranten“ alle Personen erfasst, die sich länger als ein Jahr in einem anderen als ihrem Herkunftsland aufhalten.*

Der Begriff „Zugewanderte“ umfasst alle Menschen, die unabhängig von der Dauer und dem Zweck ihres Aufenthalts nach Deutschland eingereist sind. Die Gründe hierfür können sehr unterschiedlich sein. Dazu gehören zum Beispiel Zugewanderte im Rahmen des Familiennachzugs, als (Saison-)Arbeitende, Flüchtlinge oder um ein Studium oder eine Ausbildung zu beginnen. Um integrationspolitische Maßnahmen in ihrer Langzeitwirkung erfassen zu können und den Blick nicht nur auf die „Zuwanderer“, sondern auch auf deren Kinder zu richten, wurde der Terminus „Migrationshintergrund“<sup>4</sup> eingeführt.

<sup>4</sup> Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählen alle Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzen oder die mindestens ein Elternteil haben, auf das dies zutrifft. Im Einzelnen haben folgende Gruppen nach dieser Definition einen Migrationshintergrund: Ausländerinnen und Ausländer, Eingebürgerte, (Spät-) Aussiedlerinnen und (Spät-) Aussiedler, Personen, die durch die Adoption deutscher Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben, sowie die Kinder dieser vier Gruppen. Die Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges haben gemäß Bundesvertriebenengesetz einen gesonderten Status: sie und ihre Nachkommen zählen nicht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

Daneben gibt es noch eine Gruppe von Personen, die mit deutscher Staatsangehörigkeit im Ausland geboren sind und deren beide Eltern keinen Migrationshintergrund haben. Diese im Ausland geborenen Personen haben aber keinen Migrationshintergrund, weil sie selbst und ihre Eltern mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren sind. Quelle: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Methoden/Erlauterungen/migrationshintergrund.html>. Im Wiesbadener Monitoring zur Integration wird übrigens bei den einzelnen Fachstatistiken explizit darauf hingewiesen, wie der jeweils aufgeführte Migrationshintergrund erhoben wurde.

Im vorliegenden Integrationskonzept werden als Neuzugewanderte alle Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit betrachtet, die - sofern nicht anders beschrieben - in den letzten 8 Jahren<sup>5</sup> nach Deutschland gekommen sind und in der Regel Unterstützung beim Zugang zu den regulären Bildungs-, Hilfs- und Beratungsangeboten sowie bei der strukturellen Integration in das Bildungssystem oder den Arbeitsmarkt benötigen. Besonders bedeutsam für den weiteren Integrationsprozess sind dabei die ersten beiden Jahre. Hier bedarf es einer schnellen Orientierung und einer gelebten Willkommenskultur auf allen Ebenen des Ankommens.

*Die Gruppe der Geflüchteten stellt eine Teilgruppe innerhalb der Gruppe der Neuzugewanderten dar.*

Die Gruppe der Geflüchteten stellt eine Teilgruppe innerhalb der Gruppe der Neuzugewanderten dar. Auf die hohe Zuwanderung Geflüchteter in den Jahren 2015 und 2016 und damit verbundenen politische Diskussionen wurde mit der

Erarbeitung und Umsetzung des Integrationskonzeptes für Geflüchtete 2017-2020 reagiert.

Auf eine Fortschreibung dieses Konzeptes wird verzichtet. Bei den Beschreibungen der Ziele und Maßnahmen in den einzelnen Handlungsfeldern sind Geflüchtete<sup>6</sup> Teil der Gruppe der Neuzugewanderten, sofern nicht explizit Maßnahmen ausschließlich für sie beschrieben sind.

Um die Ableitung der Ziele und Maßnahmen nachvollziehbar zu machen, werden zu Beginn der jeweiligen Handlungsfelder unter dem Punkt „Hintergrund“ relevante Umstände und Bedingungen wie z. B. Bundesgesetze, wissenschaftliche Erkenntnisse oder allgemeine gesellschaftliche Diskussionen beschrieben.

Der Punkt „Ausgangssituation“ berücksichtigt dann die konkrete Wiesbadener Situation. Dort werden dann beispielweise konkrete Erkenntnisse aus dem Integrationsmonitoring, die vorhandene Infrastruktur und deren Angebote sowie Einschätzungen und Erfahrungen der bei der Erstellung des Integrationskonzeptes einbezogener Akteure berücksichtigt.

Beispielsweise wird der Migrationshintergrund in der Schulstatistik anders abgebildet als im Einwohnermelderegister (Wiesbadener Monitoring zur Integration 2020, Seite 4).

<sup>5</sup> Der Nationale Aktionsplan Integration unterteilt den Integrationsprozess in verschiedene Phasen. Diese reichen von der Phase der Erstintegration bis hin zur Phase des Zusammenhalts. <https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-und-person/aktionsplan-integration#:~:text=Der%20Nationale%20Aktionsplan%20Integration%20wird%20sich%20an%20f%C3%BCnf,konkrete%20Ma%C3%9Fnahmen%20erarbeitet%2C%20um%20die%20Integration%20insgesamt%20voranzutreiben> . Aufruf: 18.12.2020

<sup>6</sup> Geflüchtete Menschen werden dabei definiert als alle Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder aufgrund ihres anerkannten Fluchtstatus Leistungen nach dem SGB II, SGB XII oder SGB VIII erhalten und/oder ins Bundesgebiet eingereist sind und wegen der willkürlichen Gewalt in ihren Heimatländern im Rahmen internationaler oder innerstaatlicher bewaffneter Konflikte oder aus Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung Schutz gesucht haben



## Herausforderungen in allen Handlungsfeldern

**Im Zuge der Fortschreibung des Integrationskonzeptes wurden folgende handlungsfeldübergreifende Herausforderungen und Ziele benannt:**

### **Interkulturelle Kompetenz der Fachkräfte ist wichtig**

Nach wie vor ist die interkulturelle Kompetenz der Fachkräfte wichtig und notwendig. Sie ist und bleibt Teil eines breit und kontinuierlich angelegten Prozesses der Organisations-, Personal- und Qualitätsentwicklung.

### **Informations- und Zugangswege zu Angeboten aufzeigen**

Die Informations- und Zugangswege zu bestehenden Angeboten sind insbesondere für Neuzugewanderte möglichst frühzeitig bereitzustellen sowie bedarfsgerecht zu verändern oder zu erweitern. Die sprach- und kultursensible Vermittlung übernimmt dabei in allen Lebensbereichen eine unterstützende Funktion.

### **Vernetzung der Akteure ist weiterhin Voraussetzung**

Die Vernetzung der im Integrationsbereich relevanten Akteure ist weiterhin grundlegende Voraussetzung für eine nachhaltige Integrationsarbeit, bei der die stärkere Beteiligung der Betroffenen zu erfolgen hat.

### **Bürgerschaftliches Engagement als Chance**

Das bürgerschaftliche Engagement im Rahmen von Paten-, Mentoring- und Tandemprojekte übernimmt in allen Handlungsfeldern eine unterstützende Funktion. Es bietet die Möglichkeit, über persönliche, vertraute und oft freundschaftliche Bindungen konkret, schnell und direkt zu helfen. Gleichzeitig entsteht ein gegenseitiges Verständnis für unterschiedliche Kulturen und Sichtweisen, so dass diese sozialen Austauschprozesse Vorurteile abbauen können und ein wichtiger Teil der Integration sind. Die Vernetzung bürgerschaftlichen Engagements mit kommunalen Stellen und freien Trägern hat dabei viele Schnittstellen und ist ein dauerhafter Prozess, an dem gemeinsam gearbeitet werden muss.

## Handlungsfeld Bildung

### Hintergrund

Im wissenschaftlichen wie auch praxisbezogenen Kontext erfährt die Kategorie „Migrationshintergrund“ in den letzten Jahren zunehmend Kritik. Zum einen stellt sich die Gruppe der Menschen „mit Migrationshintergrund“ als äußerst heterogen dar. Darunter werden subsumiert: schon länger Zugewanderte mit oder ohne deutschen Pass, mit oder ohne Einbürgerungsberechtigung, Neuzugewanderte mit sehr unterschiedlichem Aufenthaltsstatus sowie Menschen ohne jegliche eigene Migrationserfahrung, vor allem hier geborene und aufgewachsene Kinder.



6

Diese Gruppen unterscheiden sich in ihren Lebenswelten und -lagen zum Teil massiv (vgl. Beauftragte der Bundesregierung für

Migration, Flüchtlinge und Integration 2019).

Zum anderen sind bestehende Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund meist auf multifaktorielle Wirkzusammenhänge zurückzuführen. Das bedeutet, dass nicht ein Faktor (z.B. der Migrationshintergrund) ursächlich für ein bestimmtes Phänomen (z.B. beobachtbare Bildungsdisparitäten) ist, sondern viele Faktoren eine Rolle spielen. So konnte für den Bereich der schulischen Bildung gezeigt werden, dass das Merkmal Migrationshintergrund nur einen sehr geringen Einfluss auf den Bildungserfolg hat, wenn in der Analyse auch andere Merkmale - wie die soziale Herkunft, Bildungsstand, Erwerbsstatus und Einkommen der Eltern - berücksichtigt werden (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016; Kracke/Buck/Middendorff 2018 etc. sowie „Wiesbadener Bildungsbericht 2019“).

Unterschiede in der sozialen Lage werden so zu einer Frage der „Herkunft“ oder gar der Ethnie gemacht, mit den bekannten, inzwischen wieder sehr aktuellen problematischen Folgen. Menschen der zweiten und dritten Generation, werden zu etwas „Nicht-Dazugehörigen“ bzw. „Zu-Integrierenden“ gemacht, obwohl sie schon immer da sind und sich schon immer als Wiesbadener bzw. Wiesbadenerinnen empfinden. Das heißt allerdings nicht, dass sie in Bezug auf Bildung nicht möglicherweise besonderer Förderung bedürfen.

Sofern sie eines der in folgender Tabelle aufgeführten Merkmale erfüllen, gehören sie zu der Gruppe der herkunftsbenach-

teiligten (jungen) Menschen, die es besonders zu fördern gilt:

<b>(Herkunfts-) Benachteiligt sind:</b>	<b>Operationalisierung</b>
Kinder und Jugendliche, die in materieller Armut aufwachsen	Kinder und Jugendliche, die (i. d. R. mit ihrer Familie) ein Einkommen unter der Armutsrisikogrenze (<60 % des Medianeinkommens) haben oder die Leistungen nach SGB II, SGB XII oder AsylbLG beziehen.
Kinder und Jugendliche, die neu eingewandert sind	Ausländerinnen und Ausländer, die in den letzten beiden Jahren aus dem Ausland (bzw. einer Erstaufnahmeeinrichtung) eingewandert sind.
Kinder und Jugendliche, deren Eltern eine nur geringe formale Bildung aufweisen	Kinder und Jugendliche, deren Eltern keine Berufsausbildung abgeschlossen haben und über keinen höheren Schulabschluss als einen Hauptschulabschluss (HSA) verfügen.
Junge Menschen mit besonderem Hilfe- und Unterstützungsbedarf	Junge Menschen mit besonderem Hilfe- und Unterstützungsbedarf, z. B. in Hilfen zur Erziehung oder mit festgestelltem (schulischen) Förderbedarf... und aus Familien, deren Eltern aufgrund psychosozialer oder körperlicher Probleme oder Beeinträchtigungen einen besonderen Hilfe- und Unterstützungsbedarf haben.

Innerhalb dieser Gruppen wird das Merkmal Migration bzw. Migrationshintergrund mit Ausnahme der neu aus dem Ausland zugewanderten (jungen) Menschen nicht als Kriterium für eine Förderung herangezogen. Der Migrationshintergrund ist sozusagen nachrangig oder anders formuliert, unabhängig vom Migrationshintergrund erfolgt eine Förderung aufgrund der vorgegebenen Kriterien. Besonderes Augenmerk muss jedoch auf die Gruppe der aus

dem Ausland neu zugewanderten Bevölkerung gelegt werden.<sup>7</sup>

Auch wenn es sich hier um eine vergleichsweise kleine Personengruppe handelt, stellt ihre Integration in die Gesellschaft, das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt alle Bereiche vor große Herausforderungen. Die Mehrzahl der in den letzten Jahren eingewanderten Menschen haben besondere Bildungsherausforderungen zu bewältigen.

<sup>7</sup> Unter Neuzugewanderten werden im Handlungsfeld Bildung Personen subsumiert, die innerhalb der letzten acht Jahre aus dem

Ausland nach Deutschland zugezogen sind. Besondere Herausforderungen bestehen dabei bei Geflüchteten.

Das durchschnittliche Bildungsniveau in den meisten der Herkunftsländer liegt unter dem deutschen Durchschnitt.

Aufgrund von Konflikten in einigen der Herkunftsländer, etwaigen Fluchtzeiten und gegebenenfalls häufiger Wohnortwechsel kam es unter Umständen zu wiederholten Brüchen in der Bildungsbiographie.

Erfahrungen vor und während der Migration einschließlich einer möglichen Trennung von der Familie können zu psychisch belastenden Situationen führen, die ihrerseits die gelingende Teilhabe am Bildungssystem erschweren können.

Die Unsicherheit über den rechtlichen Aufenthaltsstatus ist verbunden mit der Frage,

## Ausgangssituation

Wie dem Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden 2020 entnommen werden kann, liegt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Wiesbadener Gesamtbevölkerung Ende 2019 bei 39%. Gut 72% der ausländischen Bevölkerung besitzen einen unbefristeten Aufenthaltstitel.<sup>8</sup> Nahezu ein Viertel der ausländischen Wiesbadener Bevölkerung (23,3%)

ob ein dauerhafter Aufenthalt erwartet werden kann.

Dies führt neben den ohnehin schon großen (Anfangs-)Hürden (eine neue Sprache zu erlernen, sich im Alltag sowie im schulischen bzw. beruflichen System orientieren u.ä.) zu besonderen Herausforderungen. Je höher das Alter bei Einreise, desto schlechter sind die Chancen auf einen Schulabschluss und eine anschließend gelingende berufliche Einmündung. In die Ausbildung zu investieren, ist zielführend und zukunftsweisend. Es kann davon ausgegangen werden, dass unabhängig von dem jeweiligen Migrationsgrund ein Großteil der zugewanderten Bevölkerung eine gewisse Bildungsaspiration mitbringt.<sup>8</sup>

befindet sich bis zu 4 Jahren und annähernd die Hälfte (47,4%) bis zu 8 Jahren in Deutschland. Im Zuge ihres Aufenthalts werden idealtypisch verschiedene Integrationsphasen durchlaufen, in denen jeweils spezifische Bedürfnisse im Vordergrund stehen. In der Phase der ersten Orientierung stehen neben der Wohnraumversorgung vor allem der Erwerb deutscher

<sup>8</sup> Leider gibt es keine amtliche Statistik, die den Bildungshintergrund Zugewanderte systematisch erfasst. Für die Gruppe der Geflüchteten verfügen laut einer aktuellen Studie von Professor Kristen der Universität Bamberg „Viele Geflüchtete (...) über ein Bildungsniveau, das für deutsche Verhältnisse gering ist. Dabei sind sie (gleichzeitig) oft höher gebildet als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger ihres Herkunftslandes. „Die (Forschungs-)Ergebnisse belegen auch, dass Geflüchtete besser gebildet sein können als die meisten Menschen in ihrer Herkunftsgesellschaft – auch wenn sie für deutsche Verhältnisse ein niedriges

Bildungsniveau haben“, führt Cornelia Kristen weiter aus. Zum Beispiel sind 75 Prozent der syrischen Geflüchteten höher gebildet als die Hälfte der in Syrien lebenden Menschen

<sup>9</sup> Ein gesichertes Aufenthaltsrecht ist eine wesentliche Voraussetzung für eine langfristige Lebensperspektive und weitere Integrationschritte der in Wiesbaden lebenden Ausländerinnen und Ausländer. Je besser die rechtliche Absicherung, desto besser die Chancen am öffentlichen Leben teilzuhaben, die eigenen Interessen wahrzunehmen und vor allem auch uneingeschränkt einer Beschäftigung nachgehen zu können (s. Amt für Statistik und Stadtforschung: Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden 2020)

Sprachkenntnisse und das Kennenlernen und der Zugang bzw. Einstieg in Regeleinrichtungen sowie die Integration in den Arbeitsmarkt und die Einbettung in nachbarschaftliche Bezüge im Vordergrund. Je besser dies gelingt, desto leichter können die weiteren Herausforderungen beim Einleben in der neuen Umgebung angegangen und erledigt werden. Aufgrund dieser Herausforderungen benötigen Menschen, die aus dem Ausland neu zugewandert sind, auch besondere Unterstützungsangebote im Bereich Bildung und soziale Teilhabe.<sup>10</sup>

Eltern-/Familienbildung und Frühe Hilfen: In den vergangenen fünf Jahren konnten die Angebote der zielgruppenorientierten Elternbildung insbesondere im Bereich Angebote für Eltern von Grundschulkindern und geflüchtete Eltern deutlich ausgebaut werden. Die Anzahl der Standorte von KinderElternZentren (KiEZ) wurde auf 10 erhöht. Insbesondere Eltern mit Migrationshintergrund nutzen Angebote der

Elternbildung und Frühen Hilfen überdurchschnittlich häufig. In den vergangenen Jahren stellten sie zwischen 75 - 80 % aller Teilnehmenden. Um die Angebote noch passgenauer weiterzuentwickeln, sind für die kommenden Jahre entsprechende Zielsetzungen unter dem Gliederungspunkt Elternbildung bei den Handlungszielen aufgeführt.

Die folgenden Zielformulierungen berücksichtigen im Wesentlichen die besondere Situation von (Neu-) Zugewanderten.

Alle Maßnahmen und Ziele, die sich allgemein an „herkunftsbenachteiligte“ bzw. sozial benachteiligte Menschen und den sich darunter befindlichen Personen mit eigener oder elterlicher Migrationsgeschichte richten, sind in anderen Strategien und Konzepten bereits beschrieben bzw. Grundauftrag in bestehenden Gesetzen oder Regelangeboten z.B. im Rahmen der Schulsozialarbeit, der Jugendarbeit, des SGB II u. a.

<sup>10</sup> Mit dem „Netzwerk Bildung für Neuzugewanderte“ beteiligt sich die Landeshauptstadt Wiesbaden seit April 2017 bis Ende März 2021 am Bundesprogramm „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“. Ziel ist die Koordinierung der relevanten Bildungsakteure auf kommunaler Ebene, die Verbesserung von Zugängen zum Bildungssystem und die Abstimmung und datenbasierte Steuerung von Bildungsangeboten für die Gruppe der Neuzugewanderten. In acht verschiedenen Handlungsfeldern gehen

die verantwortlichen Koordinatorinnen und Koordinatoren diesen Aufgaben nach. Außerdem sind auch im Rahmen der Handlungsstrategie „Chancen für (herkunfts-)benachteiligte junge Menschen in Wiesbaden“ (2018) junge Menschen, die weniger als zwei Jahre in Wiesbaden leben und aus dem Ausland zugewandert sind, als relevante Zielgruppe definiert, deren Bildungsteilhabe und -chancen verbessert werden müssen.

## Ziele

### Das wollen wir erreichen

- Die Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Bildungsteilhabe und -chancen für Neuzugewanderte sind geschaffen.

## Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre

### Vorschulische Bildung

Die Zugänge in die Angebote und Maßnahmen der vorschulischen Bildung werden den Eltern neuzugewanderter Kinder bekannt gemacht und sie werden dabei unterstützt, diese bedarfsgerecht in Anspruch zu nehmen. Sollten sich Handlungsbedarfe ergeben, werden entsprechende Unterstützungsmaßnahmen (weiter-)entwickelt.

Der frühzeitige Besuch der Kindertagesstätten und der Kindertagespflege neuzugewanderter Kinder und von Kindern mit besonderen (Sprach-) Förderbedarfen wird angestrebt und gefördert.

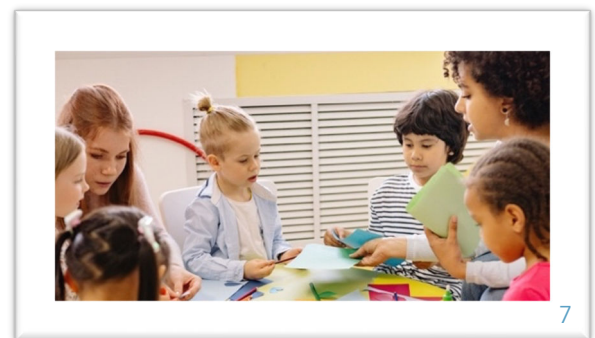
Die Fachakteure sind sensibilisiert für die besonderen Bedarfe und Bedürfnisse von Neuzugewanderten sowie etwaige Zugangsschwernisse für diese als „Seiteneinsteiger“.

Die Fachkräfte in den Kindertagesstätten verfügen über Wissen über die Bedeutung der Familiensprache für die weitere Entwicklung der Kinder und setzen dieses Wissen um. Kindertagesstätten verfügen regelmäßig über gesonderte Ressourcen zur Sprachbildung, die sowohl alltagsintegriert als auch im Rahmen gezielter Angebote in der Sprachentwicklung unterstützen.

Den Fachkräften aus den Kindertagesstätten ist bewusst, welche weiteren Anlaufstellen bzw. Helfernetzwerke für Familien mit Migrations- / Fluchthintergrund in Wiesbaden bestehen und können so Kontakt herstellen.

Die Fachkräfte in den Kindertagesstätten verfügen über Wissen und Handlungsstrategien über die Bedeutung der diversen Familienkulturen. Sie sind sensibilisiert über evtl. herkunftsbenachteiligende Faktoren der Kinder/Familien, welche die jeweilige Kindertagesstätte besuchen.

Familien, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, wird bei Bedarf während Gesprächen zwischen Ihnen und der Kita, eine Übersetzerin oder ein Übersetzer zur Verfügung gestellt.



7

## **(Non-formale) Bildung im Schulalter**

Vorhandene Unterstützungsmöglichkeiten zur Sicherung des schulischen Bildungsweges werden in Anspruch genommen (z.B. Unterstützung durch Bildung und Teilhabe (BuT) und Leistungen und Unterstützungssysteme (z.B. Pakt für den Nachmittag) bedarfsgerecht vorgehalten.

Die Aufnahme in die Betreuungsangebote für Grundschul Kinder am Nachmittag ist so gestaltet, dass besondere Integrationserfordernisse der Kinder bei Platzknappheit besondere Berücksichtigung finden.

Die Ressourcenausstattung der Angebote lässt eine zielgerichtete Förderung von Kindern mit besonderen Integrationserfordernissen, bei gleichzeitigem Ausbau der Angebote, zu.

Diversität wird in allen Angeboten der Nachmittagsbetreuung als Bereicherung angesehen. Das Verständnis für Hintergründe von Migration und Flucht und für Diversität wird bei allen jungen Menschen (unabhängig von der Schulform) gefördert.

Neu eingewanderte und geflüchtete Kinder und Jugendliche werden als Zielgruppe in Angeboten der Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit systematisch in den Fokus genommen und bei Bedarf eigene Zugänge eröffnet. Bestehende Projekte werden auf Teilnahmemöglichkeiten für neu zugewanderte und geflüchtete Kinder und Jugendliche geprüft. Begegnungs- und Patenprojekte zwischen neu eingewanderten und geflüchteten Kindern und Ju-

gendlichen und hier aufgewachsenen (jungen) Menschen werden gefördert.

Neuzugewanderte Seiteneinsteiger werden in den Kindertagesstätten und Schulen als spezielle Zielgruppe gefördert und bei Bedarf in der Nutzung digitaler Medien für Homeschooling und bei Prüfungsvorbereitungen unterstützt.

## **Elternbildung**

Der Ausbau der letzten Phase der zielgruppenorientierten Elternbildungsangeboten (Angebote für Eltern mit Kindern in weiterführenden Schulen) ist abgeschlossen. Angebote für Väter sind etabliert.

Fachstandards zum Thema Vielfalt, Toleranz und Demokratie sind entwickelt und eingeführt. Fachstandards zu Erziehungsthemen, insbesondere auch zum Thema gewaltfreie Erziehung und geschlechtsspezifische Erziehung, sind entwickelt und eingeführt.

Zugewanderte Eltern sind über das Hilfs- und Bildungssystem informiert und wissen um die Bedeutung der familiären und institutionellen Förderung für ihre Kinder.

Elternbildungsangebote für Eltern mit geringer Sprachkompetenz sind ausgebaut. Zielrichtung der Arbeit ist u. a. auch die Vermittlung in reguläre Sprachkurse. Familien- und Elternbildung fördern das Zusammen treffen der unterschiedlichen Lebenswelten/Milieus im Rahmen unterschiedlicher Angebote.

## Übergang Schule - Ausbildung

Hürden beim Übergang Schule-Beruf sind identifiziert und werden bearbeitet. Die Zahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund<sup>11</sup>, die die Schule ohne Abschluss verlassen, ist gesunken.

Die Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen ist bedarfsgerecht ausgebaut und wird kontinuierlich fortgesetzt.

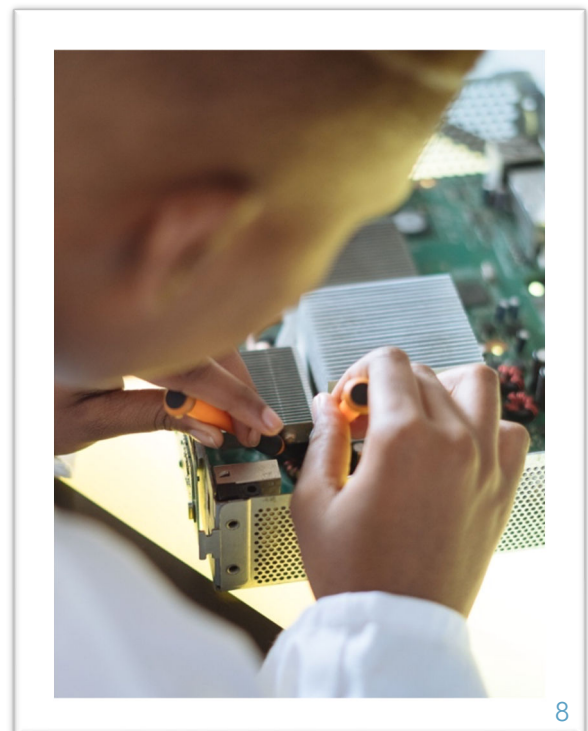
Neben den Regelangeboten der Schulsozialarbeit zur Berufsorientierung werden in Migrantenorganisationen sowie in den (Jugend-)Integrationskursen Informationseinheiten zur dualen Ausbildung und den damit verbundenen Möglichkeiten zur selbständigen Lebensführung und weiteren Qualifizierung durchgeführt.

Junge Erwachsene mit Migrationshintergrund ohne Schulabschluss sind mit dem Ziel der Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben in Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen vermittelt.

Maßnahmen zur Sicherung bereits begonnener Ausbildungen, insbesondere von jungen Menschen mit Fluchterfahrung, werden zwischen Betriebsverbänden,

Berufsschulen, der Agentur für Arbeit, dem Kommunalen Jobcenter sowie den Anbietern ausbildungsbegleitender Hilfen abgestimmt und umgesetzt.

Strukturen der Zusammenarbeit von ehrenamtlich Engagierten und Arbeitsmarktakteuren zur Gewährleistung von Informationsflüssen, Transparenz und Synergien sind entwickelt.



8

<sup>11</sup> Die Quote der Schulentlassenen ohne Abschluss liegt in der Gruppe mit Migrationshintergrund bei 6,0 % und damit mehr als doppelt so hoch wie bei den Schulentlassenen ohne Migrationshintergrund. Angaben, wie hoch

innerhalb dieser Gruppe der Anteil der Neuzugewanderten ist, liegen nicht vor. Insofern muss bei der Zielformulierung aus Gründen der Messbarkeit die Bezugsgröße Migrationshintergrund verwendet werden.



## **Handlungsfeld Sprache**

### Hintergrund

Zentrale Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe von Zugewanderten in Deutschland sind möglichst gute und frühzeitig erworbene Sprachkenntnisse. Diese sind nicht nur Voraussetzung für die Bewältigung des Alltags und den Aufbau sozialer Beziehungen, sondern auch für eine erfolgreiche Arbeitsmarktbeteiligung.

Ein erfolgreicher Spracherwerb wird durch individuelle Faktoren<sup>12</sup> der Lernenden und von den Angeboten vor Ort beeinflusst. Zu den Angeboten vor Ort gehören Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung sowie das Kommunale Sprachförderprogramm und die Angebote der Zivilgesellschaft, die in der Regel ehrenamtlich erbracht werden.

Das Gesamtprogramm Sprache der Bundesregierung umfasst die mit dem Zuwanderungsgesetz eingeführten Integrationskurse<sup>13</sup> und die Berufssprachkurse.

Bei den Integrationskursen gelingt es bundesweit nur gut der Hälfte der Integrationskursteilnehmenden im ersten Anlauf das B1-Sprachniveau zu erreichen. Dieses wird als mindestens notwendig erachtet, um im Beruf zu bestehen. Für den erfolgreichen Abschluss einer betrieblichen Ausbildung ist laut Einschätzung zahlreicher Experten wenigstens das B2-Niveau erforderlich<sup>14</sup>. Auf Landesebene wurde 2016 das Programm Sprachförderung MitSprache - Deutsch4U aufgelegt<sup>15</sup> und auf kommunaler Ebene sind es vor allem die Angebote

12 Zu den individuellen Faktoren, die bei den Lernenden den Spracherwerb beeinflussen, zählen u.a. der Grad der linguistischen Distanz der Herkunftssprache zum Deutschen, die Kenntnis der lateinischen Schrift sowie der allgemeine Bildungshintergrund bzw. Lernerfahrungen, insbesondere Erfahrungen beim Lernen von Fremdsprachen. Weitere wichtige individuelle Faktoren sind die Motivation zum Spracherwerb, der Gesundheitszustand und die Wohn- und Lebenssituation einschließlich der sozialen Kontakte zur Aufnahmegesellschaft. vgl. Nationaler Aktionsplan Integration 2020

13 Integrationskurse bestehen aus dem Sprach- und dem Orientierungskurs. Der Sprachkurs dauert im allgemeinen Integrationskurs insgesamt 600 Unterrichtseinheiten (UE), in den speziellen Kursen bis zu 900 UE, im Intensivkurs 400 UE.

14 Der Gemeinsame Europäische Referenzrahmen (GER) befasst sich mit der Beurteilung von Fortschritten in den Lernerfolgen einer Fremdsprache. Bei Sprachkenntnissen auf dem B1 Niveau sind die Lernenden in der Lage, Hauptpunkte zu verstehen, wenn klare Standardsprache verwendet wird und wenn es um vertraute

Dinge aus Arbeit, Schule, Freizeit usw. geht. Sie können sich einfach und zusammenhängend über vertraute Themen und persönliche Interessengebiete äußern, über Erfahrungen und Ereignisse berichten, Träume, Hoffnungen und Ziele beschreiben und zu Plänen und Ansichten kurze Begründungen oder Erklärungen geben. Auf dem B2 Niveau werden komplexere Texte verstanden und die Kommunikation mit Muttersprachigen ist ohne größere Anstrengung möglich. Vgl. Quelle: <https://www.europaeischer-referenzrahmen.de/>

Aufruf 21.12.2020

15 Mit der Neufassung der Förderrichtlinie im Oktober 2018 sind zahlreiche Verbesserungen und Flexibilisierungen verbunden. So kann der Stundenumfang der Kurse nun besser auf die Bedarfe der Teilnehmenden zugeschnitten werden, ein nahtloserer Übergang zwischen Kursen gewährleistet werden und neue Konzepte zur Sprachvermittlung gefördert werden. Darüber hinaus wurde die Möglichkeit der Förderung kursbegleitender Kinderbetreuung in die Richtlinie aufgenommen und die Finanzierung der Kurse wurde verbessert.

im Rahmen des im Amt für Zuwanderung und Integration koordinierten kommunalen Sonderprogramms Deutscherwerb und die der Zivilgesellschaft.

Die Herausforderung bei allen Angeboten besteht in einer Anpassung der formalen Lernangebote an eine sich wandelnde und heterogene Zielgruppe. Dies lässt sich am schnellsten auf kommunaler Ebene erreichen, da das kommunale Sprachförderprogramm und die Angebote der Zivilgesellschaft unabhängig von bundes- oder landesweiten Regularien und Verordnungen angepasst werden können.

Um passende Sprachförderangebote für die Lernenden entwickeln zu können, sind

deren Bedürfnisse und Kompetenzen regelmäßig zu erfassen. Dies kann in einem Austausch mit den Kursanbietern und durch direkte Kundinnen- und Kundenbefragungen erreicht werden. Nach den bisher vorliegenden Erfahrungen ist es sinnvoll und notwendig, informelle Sprachwerbsmöglichkeiten zu schaffen und zu fördern. Hierzu gehören digitale Sprachlernangebote, die unabhängig von Sprachkursen genutzt werden können sowie implizite Sprachförderungen, die auf Begegnungen oder Patenschaften beruhen. Parallel hierzu ist allen Nachfragenden die Möglichkeit zu bieten, sich Programm- und Trägerneutral über die Angebote vor Ort informieren zu können und hinsichtlich geeigneter Lernformate beraten zu lassen.

## Ausgangssituation

Innerhalb der Gruppe der im Ausland geborenen Ausländer (52.215 Personen) liegt der Anteil der Personen mit einer Aufenthaltsdauer unter 4 Jahren bei 23,3% (12.166 Personen). Besonders interessant als Bezugsgröße für den Bedarf an Angeboten für den Deutscherwerb sind die Personen, die Ende 2019 in Wiesbaden aus dem Ausland oder aus hessischen Erstaufnahmen zugezogen sind und unter 2

Jahren in Wiesbaden leben. Dies sind insgesamt 6.580 Personen. Davon sind 80% (5.269 Personen) im nicht schulpflichtigen Alter von 18 bis 64 Jahren. Angesichts dessen gilt es allen Zugewanderten so früh wie möglich flächendeckend bedarfsgerechte und zielgerichtete Deutschförderangebote anzubieten und die vorhandenen Angebote umfassend, transparent, übersichtlich und für jeden zugänglich darzustellen.

## Ziele

### Das wollen wir erreichen

- Alle Zugewanderten werden so früh wie möglich über Deutscherwerbsangebote und deren Zugänge informiert und ihnen bedarfsgerechte Deutschförderangebote unterbreitet. Sofern diese nicht von Bund und Land oder ehrenamtliche Strukturen angeboten werden, sind sie auf kommunaler Ebene zu entwickeln und vorzuhalten.

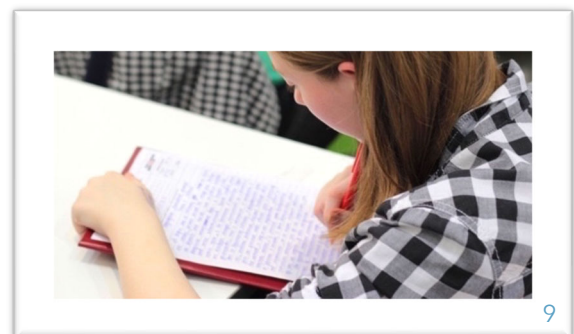
## Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre

Das Amt für Zuwanderung und Integration übernimmt die Koordinations- und Moderatorenrolle für die Anbieter von Deutscherwerbsformaten zur gemeinsamen Bedarfskontrolle; einschließlich der Begleitung daraus resultierender Angebote.

Die Wiesbadener Servicestelle Deutsch als zentrale Beratungsstelle für alle Fragen rund um den Deutscherwerb bietet dauerhaft zugewanderten Ratsuchenden, ehrenamtlich Tätigen und professionellen Akteuren ein passgenaues Beratungsangebot. Der bestehende Träger- und Angebotsformen übergreifende Arbeitskreis Deutscherwerb und als Koordinationsgremium von ehren- und hauptamtlichen Akteuren zur Kooperation und Bedarfsermittlung im Bereich des Deutscherwerbs etabliert.

Für dort festgestellte Bedarfe werden Maßnahmen im Rahmen der verfügbaren Mittel entwickelt bzw. notwendige Mittel erworben.

Die aufgebauten Strukturen des kommunalen Programms der Deutschförderung werden regelmäßig evaluiert, dauerhaft gefördert und bei Bedarf im Hinblick auf finanzielle und personelle Mittel ausgebaut.



## Handlungsfeld Arbeit

### Hintergrund

Die Gesamtentwicklung des Arbeitsmarktes wird durch Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der fortschreitenden Digitalisierung der Arbeitswelt und der zunehmenden Bedeutung von (Aus-)Bildung und Qualifizierung bis hin zum lebenslangen Lernen beeinflusst. Im Zuge der verstärkten Zuwanderung aus dem Ausland erhält auch die interkulturelle Ausrichtung und Gestaltung von Vielfalt in Betrieben und Arbeitsstätten eine zunehmende Bedeutung.

Eine nachhaltige und gleichberechtigte Teilhabe von Personen mit Migrationshintergrund an der Erwerbsarbeit ist eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Integration. Gleichzeitig hängt die gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit Deutschlands angesichts der demografischen Entwicklung auch davon ab, ob es gelingt, die unterschiedlichen Fähigkeiten und Kompetenzen, die Menschen aus anderen Ländern mitbringen, anzuerkennen und für Wirtschaft und Gesellschaft zu nutzen.

Damit eine nachhaltige Teilhabe am Arbeitsmarkt in Deutschland gelingt, ist eine abgeschlossene Berufsausbildung wichtig. Häufig scheitert eine berufliche Ausbildung an den sprachlichen Anforderungen der Berufsschule. Um mehr Zugewanderte zu

einem erfolgreichen Ausbildungsabschluss zu führen, beabsichtigt die Bundesregierung im aktuellen Entwurf des Nationalen Aktionsplans Integration<sup>16</sup> spezielle Auszubildendenkurse einzuführen, die spezifisch auf die sprachlichen Anforderungen der Berufsschulen und der Abschlussprüfungen vorbereiten. Diese sollen im Rahmen der Deutschsprachförderverordnung (DeuFöV) erprobt und perspektivisch in das Regelangebot übernommen werden. Um die beruflichen Potentiale insbesondere von Neuzugewanderten und Zuwanderungsinteressierten mit geringem Deutschsprachniveau besser nutzen zu können, sollen die Informationen über vorhandene Angebote auf den Portalen der Bundesagentur für Arbeit in weiteren Fremdsprachen und in leichter Sprache ausgebaut werden.<sup>17</sup>

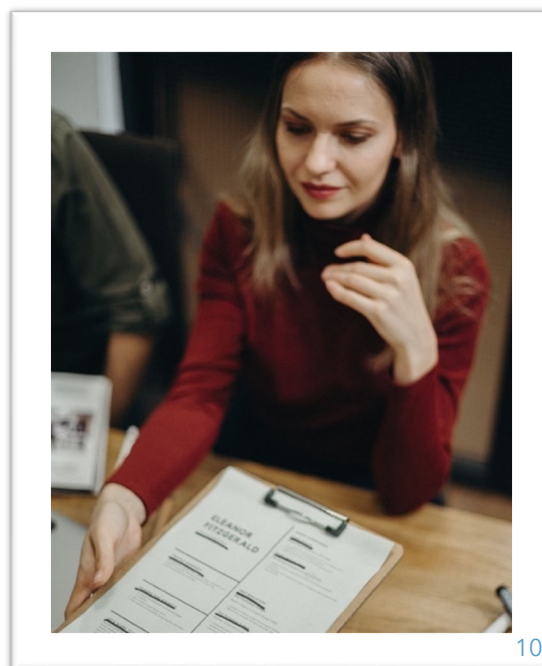
Damit Deutschland für Fachkräfte aus dem Ausland attraktiver wird und sie sich für einen dauerhaften Aufenthalt entscheiden, will die Bundesregierung zuziehenden Fachkräften und ihren Familien das Ankommen in Deutschland erleichtern. Als Kernvorhaben werden hierzu im Förderprogramm Integration durch Förderprogramm (IQ) in jedem Bundesland „Regionale Koordinationsstellen Fachkräfteeinwanderung“ eingerichtet.

---

16 <https://www.nationaler-aktionsplan-integration.de/re-source/blob/1723748/1798814/dc3a297b0aee79d419c4c27870fb6df9/erklaerung-phase-iii-data.pdf?download=1> Aufruf 23.12.2020

17 Außerdem sollen mediale Informations- und Beratungsansätze differenziert und unter Einbeziehung von sozialen Medien ausgerichtet werden (s. Fußnote 16)

Eine nachhaltige Teilhabe und Eingliederung von Zugewanderten in Arbeit zu fairen Bedingungen und ohne Prekarisierung und Arbeitsausbeutung erfordert den Austausch zwischen den Fachberatungsstellen wie Faire Mobilität, Faire Integration und der Finanzkontrolle Schwarzarbeit. Dieser soll nach den Vorhaben der Bundesregierung durch institutionelle Dialogformate formalisiert und intensiviert werden. Ferner soll durch ein bundesweit neu zu schaffendes Programm mit vielfältigen Qualifizierungsmaßnahmen und begleitendem Coaching die Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund - einschließlich geflüchteter Frauen - verbessert werden.



10

## Ausgangssituation

In Wiesbaden konnten im Laufe der letzten Jahre einige Verbesserungen bei der Teilhabe am Arbeitsmarkt erreicht werden. Hierzu gehören die gestiegene Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher, der deutliche Anstieg der Beschäftigtenquote der ausländischen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und der zwar geringe, aber dennoch gestiegene Grad der Erwerbsbeteiligung ausländischer Frauen.<sup>18</sup>

Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, dass sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nur eine Teilgruppe der

Erwerbstätigen darstellen. Erfasst werden alle Angestellten, die der Sozialversicherungspflicht unterliegen. Selbstständige, Beamte und mithelfende Familienangehörige werden dabei nicht miterfasst. Dauerhaft problematisch ist jedoch die berufliche Qualifikation. Gemessen am Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegen hier deutliche Unterschiede zwischen der ausländischen und der deutschen Bevölkerung vor.<sup>19</sup> Eine der daraus resultierenden Konsequenzen ist die doppelt so hohe Arbeitslosenquote der ausländischen Bevölkerung in dieser Gruppe<sup>20</sup> und die

<sup>18</sup>Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden 2020

<sup>19</sup> 41 % der ausländischen Männer und 31 % der ausländischen Frauen haben keine anerkannte Berufsausbildung – bei den deutschen Beschäftigten ist das lediglich bei ca. jeder bzw. jedem Achten der Fall. Der Anteil der formal nicht Qualifizierten ist in den vergangenen drei Jahren relativ konstant geblieben.

- Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden 2020

<sup>20</sup>Ausländerinnen und Ausländer sind immer noch mehr als doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie Deutsche. Die aktuelle Arbeitslosenquote der Ausländer/-innen liegt bei 13 %, die der Deutschen beträgt 6 %. Während deutsche Frauen weniger häufig als Arbeitslose registriert sind als deutsche Männer, ist es bei der ausländischen Bevölkerung umgekehrt. Positiv ist zu vermerken, dass die Arbeitslosenquote der Ausländer/-innen von 2017 bis 2019 stärker gesunken ist als die der

häufig damit verbundene Angewiesenheit auf SGB II-Leistungen.<sup>21</sup>

Eine Umsetzung von Maßnahmen zur direkten Arbeitsmarktintegration in kommunaler Verantwortung kann im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen durch das Jobcenter erfolgen. Auf den Akteur Arbeitsagentur gibt es nur einen begrenzten Einfluss. Gestaltbar im Handlungsfeld Arbeit sind allerdings die „weichen“ Faktoren und Rahmenbedingungen. Hierzu gehört eine gute Vernetzung der Arbeitsmarktakteure untereinander, die Verknüpfung mit allen Akteuren im Bereich der Integrationsarbeit und die Förderung von Strukturen

bei Trägern der Qualifizierungsmaßnahmen. Speziell für die Zielgruppe Zugewanderter hat Wiesbaden bereits frühzeitig in 2012 eine Beratungsstelle zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen eingerichtet.<sup>22</sup> Allein in 2020 wurden über 500 Beratungen durchgeführt.<sup>23</sup> Als wesentliche Entwicklungen der letzten Jahre ist bei den Beratenen eine spürbar gute Qualifizierung und größere Arbeitsmarktnähe<sup>24</sup> festzustellen.<sup>25</sup> Im Zuge der Umsetzung des zum 1. März 2020 eingeführten Fachkräfteeinwanderungsgesetzes ist eine enge Kooperation der Ausländerbehörde mit der Anerkennungsberatung der Integrationsabteilung vorgesehen

## Ziele

### Das wollen wir erreichen

- Alle Zuwanderergruppen werden unter Berücksichtigung der rechtlichen Voraussetzungen ihren Kompetenzen entsprechend qualifikationsgerecht in den Arbeitsmarkt integriert und ihre Potenziale für die Bedarfe des Arbeitsmarkts genutzt.

## Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre

Die Möglichkeiten zur qualifikationsadäquaten Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten sind durch die Anerkennung vorhandener schulischer und beruflicher Qualifikationen sowie den Erwerb berufsbezogener Sprachkompetenzen ver-

bessert. Hierzu wird die Beratungsstelle zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen auch nach dem Ende der Förderung durch das Programm Integration durch Qualifizierung in Wiesbaden vorgehalten und bei Bedarf Maßnahmen zur

---

Deutschen. - Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden 2020

21 Im Jahr 2019 sind 19 % aller ausländischen und 7 % aller deutschen Wiesbadener im erwerbsfähigen Alter auf SGB II-Leistungen angewiesen. Auch wenn in den vergangenen zwei Jahren der Anteil ausländischer SGB II-Bezieher wieder etwas gesunken ist, klafft die Schere zwischen Deutschen und Ausländern weiter weit auseinander. Frauen – insbesondere aber die ausländischen Frauen - sind eher auf staatliche Sozialleistungen angewiesen als Männer.  
- Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden 2020

22 Eine ausführliche Darstellung ist im Integrationsbericht 2015 - 2018 zu finden.

23 Die Beratungen fanden telefonisch, per Mail oder in persönlichen Vorsprachen statt.

24 Häufig in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, auch von Beratenen aus den Balkanstaaten

25 Hinzu kommt eine gesteigerte Komplexität der Beratungsfälle aufgrund von bereits begonnenen Anerkennungsverfahren sowie eine deutliche Zunahme von Beratungen zum Anerkennungszuspruch

Steigerung der (fach-) sprachlichen und beruflichen Kompetenzen ergänzend zu Bundes- und Landesprogrammen durchgeführt.

Arbeitskräfte und deren Angehörige, die im Zuge und der Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes einwandern, erhalten frühestmöglich Informationen zur weiteren Integration.

Arbeitgeber werden bei der Einstellung von Arbeitskräften aus dem Ausland durch die Ausländerbehörde in rechtlichen Fragen unterstützt und über weitere Integrationsangebote für die gewonnenen Arbeitskräfte informiert.

Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in kommunaler Trägerschaft werden bedarfsgerecht interkulturell<sup>26</sup> ausgerichtet und berücksichtigen den Erwerb sowie Ausbau interkultureller Kompetenzen bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Migrant\*innenorganisationen unterstützen Zugewanderte bei der Integration in den Arbeitsmarkt durch Informationsvermittlung zu Arbeitsmarktthemen.

Zur Reduzierung und Verhinderung von unfairen und diskriminierenden Arbeitsbedingungen werden Angebote für Betroffene zur Unterstützung bei der Wahrnehmung ihrer Rechte vorgehalten.

In Zusammenarbeit mit den Anbietern der Erwachsenenbildung wird ein Programm zur lebensbegleitenden Weiterbildung in Absprache mit den kommunalen Arbeitsmarktakteuren entwickelt.

Die *Kommunale Arbeitsvermittlung* des Sozialleistungs- und Jobcenter und das Maßnahmenmanagement der Abteilung *Materielle und Soziale Leistungen für Geflüchtete* arbeiten eng verzahnt miteinander.

Die rechtskreisübergreifende Arbeit in den Gemeinschaftsunterkünften ist gegeben.

---

26 Die interkulturelle Ausrichtung beinhaltet unter anderem die Vermittlung der Bedeutung des Konzeptes (Erwerbs-) Arbeit. Dieses Verständnis ist je nach Herkunftsland, Geschlecht und Milieu unterschiedlich. Hierzu gehört auch Verdeutlichung, dass es zu den Voraussetzungen bei Bezug von Leistungen nach dem SGB II zählt, dem Arbeitsmarkt grundsätzlich zur

Verfügung zu stehen. Ferner gehört zur interkulturellen Ausrichtung eine zielgruppenadäquate Ansprache und die Berücksichtigung vorhandener Bildungswege und Bildungserfahrungen sowie die Vermittlung des Wertes zertifizierter Abschlüsse und der dafür notwendigen Anstrengungen.

## Handlungsfeld Gesundheit



11

### Hintergrund

In der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation WHO wird Gesundheit definiert als „der Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens [...] und nicht nur des Freiseins von Krankheit und Gebrechen. Sich des bestmöglichen Gesundheitszustandes zu erfreuen, ist eines der Grundrechte jedes Menschen, ohne Unterschied der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion, der politischen Überzeugung, der wirtschaftlichen oder sozialen Stellung.“<sup>27</sup>

Der Gesundheitszustand eines jeden Menschen wird neben individuellen biologischen Faktoren, dem medizinischen Fortschritt und der Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens auch von Determinanten wie Arbeitsbedingungen, städtebaulichen Strukturen, Wohn- und Verkehrssituation,

dem Vorhandensein von Grün- und Bewegungsflächen, Lärm- und Emissionsbelastungen und anderen Umweltbedingungen beeinflusst.

Migrationsbedingte psychosoziale Belastungen wie Familientrennung, unklare rechtliche Rahmenbedingungen, erlittene Folter oder Verfolgung verursachen eine erhöhte gesundheitliche Belastung.

Ob und inwiefern Menschen mit Migrationshintergrund in etwa den gleichen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind wie Deutsche mit vergleichbarem Sozialstatus, ist in den letzten Jahren unterschiedlich beantwortet worden. Der 2008 erschienene Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes zum Thema Migration und Gesundheit<sup>28</sup> hält noch fest, dass für den Gesundheitszustand der

<sup>27</sup> Verfassung der Weltgesundheitsorganisation, deutsche Übersetzung <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19460131/202007060000/0.810.1.pdf>

<sup>28</sup> Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes Migration und

Gesundheit, Robert Koch Institut 2008  
<https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsT/migration.pdf?blob=publicationFile>  
 Aufruf: 03.01.2021



Menschen mit Migrationshintergrund eher die soziale Lage und weniger die Zuwanderungsgeschichte bedeutsam ist. Neuere Untersuchungen hingegen verweisen dagegen darauf, dass bei Kontrolle des sozioökonomischen Status signifikante Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund überwiegend erhalten bleiben.<sup>29</sup> Es bestehen teilweise deutliche - auch geschlechtsspezifische - Unterschiede.<sup>30</sup> Studien, die die Gesundheitskompetenz (Fähigkeit zur Gesunderhaltung und Krankheitsbewältigung) von Menschen mit Migrationshintergrund untersuchen, deuten an, dass diese geringer ausgeprägt ist als bei Personen ohne Migrationsbiographien<sup>31</sup>.

Grundsätzlich ist das Gesundheitssystem in Deutschland für alle Krankenversicherten unabhängig von Herkunft oder Staatsangehörigkeit zugänglich. Sprachbarrieren, Informationslücken und kulturelle Unterschiede im Gesundheits- und Krankheits-

verständnis können die Zugänge für Menschen mit Migrationshintergrund allerdings erschweren. Sprachkenntnisse, interkulturelle Kompetenz sowie der kultursensible Umgang mit Patientinnen und Patienten mit Migrationshintergrund entwickeln sich deswegen zunehmend zu Schlüsselkompetenzen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitssektor.

Ausgeschlossen vom Zugang zur gesundheitlichen Versorgung sind Zugewanderte ohne Krankenversicherungsschutz und ohne finanzielle Mittel als Selbstzahler.

Ein weiteres gesundheitsrelevantes Thema, das in den letzten Jahren zunehmend Teil der öffentlichen Diskussion geworden ist, ist die Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Wahrgenommene Diskriminierung, sowohl psychische als auch körperliche, hat negative Auswirkungen auf die Gesundheit der betroffenen Personen. Besonders stark betroffen sind Gruppen mit erkennbaren Merkmalen, wie

29 Alexander Rommel, A.C. Saß, S. Born, U. Eilert, Abteilung für Epidemiologie und Gesundheitsmonitoring, Robert Koch-Institut, Berlin, Deutschland; Die gesundheitliche Lage von Menschen mit Migrationshintergrund und die Bedeutung des sozioökonomischen Status. Erste Ergebnisse der Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland (DEGS1) Bundesgesundheitsblatt 2015 Online publiziert: 1. April 2015 © Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2015

30 Bei Frauen sind Unterschiede vor allem bei Migrantinnen mit Migrationshintergrund in der 1. Generation signifikant. Verglichen mit Frauen ohne Migrationshintergrund weisen sie einen schlechteren allgemeinen Gesundheitszustand auf, sind körperlich inaktiver, trinken weniger Alkohol, sind schlechter über Programme der Krebsfrüherkennung informiert und nehmen präventive Leistungen

seltener in Anspruch. Bei Männern finden sich alle signifikanten Unterschiede in der ersten sowie der zweiten Generation. Männer mit Migrationshintergrund weisen häufiger depressive Symptome auf, konsumieren seltener Alkohol und sind über Programme der Krebsfrüherkennung schlechter informiert. Die Herausgeber der Studie weisen allerdings darauf hin, dass nicht bei allen Zielgruppen eine Repräsentativität erreicht werden konnte und Indikatoren wie Aufenthaltsdauer und -status, Akkulturation oder kulturelle und religiöse Orientierungen als wichtige Differenzierungsmerkmale für die Zusammenhänge mit der gesundheitlichen Lage nicht mit eingeflossen sind.

31 Gesundheitskompetenz der Bevölkerung in Deutschland; Ergebnisse einer repräsentativen Befragung – D. Schaeffer, E.-M. Berens, D. Vogt; Dtsch Arztebl Int (2017); 114: 53–60

dunkler Hautfarbe.<sup>32</sup> Die Bekämpfung von Rassismus und der Abbau von Diskriminierung ist daher auch aus gesundheitlichen Gründen eine dringende Notwendigkeit. In Fachkreisen besteht ferner Konsens darüber, dass die Datenlage über das Zusammenspiel von Migration und Behinderung wenig bekannt ist. Es wird eine hohe

Dunkelziffer von Personen vermutet, die zwar eine Behinderung haben, aber über Behandlungs- und Unterstützungsleistungen nicht informiert sind. Viele Einrichtungen der Behindertenhilfe verzeichneten eine geringe Inanspruchnahme ihrer Leistungen und Angebote durch Menschen mit Migrationshintergrund.<sup>33</sup>

## Ausgangssituation

Ende 2019 leben in der Landeshauptstadt 113.595 Menschen mit Migrationshintergrund. Davon sind 20,9% 65 Jahre alt und älter.<sup>34</sup> Folgt man den Angaben der aktuellen Bevölkerungsprognose wird die Anzahl älterer Menschen über 65 Jahre mit Migrationshintergrund bis 2030 steigen, da alles darauf hindeutet, dass Migrantinnen und Migranten immer häufiger ihren Lebensabend in Deutschland verbringen und nicht mehr im Herkunftsland.<sup>35</sup> Mit zunehmendem Alter erhöht sich jedoch auch die Zahl der Pflegebedürftigen. Für die Zukunft ist schon allein aufgrund des demografischen Faktors und der aller Voraussicht nach zunehmenden Zahl von hilfe- und pflegebedürftigen älteren Menschen mit einer steigenden Nachfrage im Bereich Hilfe und Pflege zu rechnen<sup>36</sup>. Die Berücksichtigung dieser Zielgruppe und ihrer kulturellen Erwartungen werden in Zukunft sicherlich

verstärkt durch Anbieter von Pflegeangeboten Beachtung finden. Im Laufe der letzten Jahre konnten im Handlungsfeld Gesundheit Verbesserungen in der Infrastruktur erzielt werden. Einige Handlungsziele des letzten Integrationskonzepts wurden (überwiegend) erreicht, müssen aber weiterverfolgt werden:

- In Wiesbadener Kliniken haben kranke Menschen neben den seelsorgerischen Angeboten der christlichen Kirchen auch ein Angebot der muslimischen Seelsorge durch Muse e.V.
- Niedrigschwellige Angebote zur Förderung der seelischen Gesundheit, insbesondere für Frauen und Geflüchtete und teilweise mit Kinderbetreuung, sind neu entstanden.<sup>37</sup>

32 Soziologie von Gesundheit und Krankheit; M. Richter, K. Hurrelmann (2016) S. 161

33 Hessischer Integrationsmonitor 2018, Daten und Fakten zu Migration und Integration in Hessen

34 Vgl. Statistisches Jahrbuch Stadt Wiesbaden, Stand: August 2020

35 Prognose der Wiesbadener Bevölkerung und Haushalte bis 2030, Hrsg. Landeshauptstadt Wiesbaden (2012)

36 Hilfe- und Pflegebedarf älterer Menschen in Wiesbaden bis 2030 (2014)

37 Hierzu gehören die Angebote bei wif e.V., Sirona e.V., Frauenwelten e.V., die Traumabehandlung der Beratungsstelle „NeW Wiesbaden“ sowie das Projekt „Mittendrin“ des Psychosozialen Zentrums Süd der Werkstatt Rehabilitation Wiesbaden. Weiter zu nennen sind die psychologische Sprechstunde der Diakonie (Amboss) sowie Anlaufstellen mit Sprechstunde für Stadtteilbewohner wie im Bauhof Biebrich.

- Wiesbadener Haupt- und Ehrenamtliche haben sich im Wiesbadener Netzwerk zur psychosozialen Versorgung von Geflüchteten „WiPSO-net“ zum fachlichen Austausch zusammengeschlossen. Die Koordinationskraft wird aus Mitteln des Amtes für Zuwanderung und Integration gefördert.
- Neben den kommunalen Mitteln, die der Absicherung des Grundgerüsts für alle Bereiche der Humanitären Sprechstunde dienen, ist es gelungen eine ergänzende Finanzierung durch Sach- und Geldspenden sowie ehrenamtliche Dienstleistungen für die medizinische Versorgung einzuwerben.
- Mittel für die Einrichtung einer Krankenversicherungsclearingstelle und für den Aufbau eines medizinischen Ethikfonds wurden auf Anregung durch die in der Humanitären Sprechstunde Tätigen von der Stadtverordnetenversammlung bewilligt. Beide Angebote stehen seit Dezember 2020 zur Verfügung.
- Die Auswertung von verschiedenen Ansätzen sowie Umfragen zeigen auf, dass der Selbsthilfebegriff und die damit verbundenen methodischen Umsetzungen für migrantische Bedürfnisse verändert werden müssen, weil das Konzept der Selbsthilfe teilweise nicht bekannt und/oder als nicht wirksam angesehen wird. Erste Schritte in Richtung von Selbstinitiativen – Selbst(hilfe)initiativen zur gesellschaftlichen Teilhabe sind unternommen.
- Mit dem Projekt „Förderung der sozialen und psychosozialen Selbstinitiative bei Migrantinnen“ werden Frauen angeregt und befähigt, Hilfe zur Selbsthilfe als Unterstützungsmöglichkeit selbst wahrzunehmen und anderen anzubieten. So werden ihre Ressourcen aktiviert, Mitwirkungsprozesse und Selbstwirksamkeit gestärkt und die Frauen motiviert, sich in diesem Feld selbst zu engagieren. Neben dem Nutzen für die Teilnehmerinnen besitzt dieses Projekt einen explorativen Charakter.
- Im Laufe der Jahre entstanden bei wif e.V. ein stark frequentierter „Seniorinrentreff“ von iranischen Frauen sowie eine Gruppe von arabisch sprechenden Frauen aus verschiedenen Ländern. Der iranische Frauentreff wird vom Amt für Soziale Arbeit als externer Senior(inn)entreff anerkannt und erhält einen pauschalen Jahreszuschuss. Für eine weitere stark frequentierte internationale Frauenrunde für Frauen ab 55 Jahren wurden 2020 städtische Mittel im Rahmen der allgemeinen Förderung von wif e.V. eingestellt.
- Die Ergebnisse zur Untersuchung des Freizeitverhaltens von älteren Menschen mit Migrationshintergrund lieferten erste Anhaltspunkte für die zukünftige Ausgestaltung der Angebote in den soziokulturellen Treffs der Abteilung Altenarbeit.



- Die Kosten für Einsätze von Sprach- und Kulturmittler/-innen in zahlreichen städtischen Ämtern sowie in Kliniken und anderen Organisationen des Gesundheitsbereiches, wie bspw. profamilia e.V. und im Rahmen der Humanitären Sprechstunde werden durch die Auftraggeber oder das Amt für Zuwanderung und Integration übernommen. Die Einsätze werden durch MigraMundi e.V. koordiniert.

Unabhängig von diesen Entwicklungen gibt es in Wiesbaden zunehmend Allgemeinmedizin- und Facharztpraxen von mehrsprachigen Ärztinnen und Ärzten, die selbst einen Migrationshintergrund haben. Viele medizinische Fachangestellte sind ebenfalls mehrsprachig. Auch in den Wiesbadener Kliniken gibt es mehrsprachiges medizinisches Personal, vor allem in der jüngeren Generation.

Migrantinnen und Migranten gehen bei freier Arztwahl in Praxen, wo sie ggf. ihre Muttersprache sprechen können. Auf diesem Weg werden die Regelangebote im deutschen Gesundheitssystem vermittelt. Die Ärzte- und Psychotherapeutensuche der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen ermöglicht ein Filtern nach den in Praxen gesprochenen Fremdsprachen<sup>38</sup>. In der Pflege und zu verschiedenen Krankheitsbildern sind mehrsprachige Informationsmaterialien, auch von Krankenkassen, vorhanden. Zudem wurden im Gesundheitsbereich viele Maßnahmen der interkulturellen Öffnung ergriffen.

Der Steuerungskreis Gesundheit mit der Geschäftsführung bei der Integrationsabteilung ist in Wiesbaden als institutions- und trägerübergreifender Arbeitskreis für das Handlungsfeld Gesundheit etabliert und bestimmt die inhaltlichen Schwerpunkte im Handlungsfeld Gesundheit wesentlich mit.<sup>39</sup>

<sup>38</sup><https://arztsuche.hessen.de/arztsuche>  
Aufruf: 6.7.2020

<sup>39</sup> Die Fachämter für Gesundheit, Soziale Arbeit, Zuwanderung und Integration, Statistik und Stadtforschung, das Kommunale Jobcenter, im Gesundheitsbereich tätige Vereine,

Migranten(selbst)organisationen, freie Träger, Krankenversicherungen sowie Kliniken und Vertreter von Projekten im Gesundheits-/Pflegebereich sind Mitglieder im Steuerungskreis Gesundheit.

## Ziele

### Das wollen wir erreichen

- Vulnerable Migrantengruppen wie etwa Menschen ohne Krankenversicherungsschutz oder mit seelischen Belastungen werden bedarfsgerecht unterstützt.<sup>40</sup>
- Strukturen der Hilfe zur Selbsthilfe und Selbstinitiativen werden mit dem Ziel des gegenseitigen Austauschs, des Empowerments und der gegenseitigen Unterstützung gefördert.
- Die psychosoziale Gesundheit wird durch Kontakte im Stadtteil-, Quartiers- oder Nachbarschaftskontext gefördert.

## Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre

Die Erweiterung der Humanitären Sprechstunde um die Krankenversicherungsclearingstelle und den medizinischen Notfallfonds ist dauerhaft abgesichert. Es gelingt, die Anzahl der ehrenamtlich Tätigen in der Humanitären Sprechstunde zu erhöhen.

Das Wiesbadener psychosoziale Netzwerk für Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung (WIPSO-net) dient als ein Koordinationsgremium für die Akteure, die die Lebenssituationen von psychosozial belasteten Geflüchteten und Neuzuwanderern unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus verbessern wollen und gibt Empfehlungen hierzu. Nach Möglichkeit sind diese Empfehlungen zu fördern.

Eigeninitiativen von Migrantinnen und Migranten zur verbesserten Gesundheitskompetenz werden angeregt und bei Bedarf gefördert. Ein Schwerpunkt liegt hierbei auf

Initiativen für und mit ältere/n Migrantinnen und Migranten.

Bei den jeweiligen Migrantengruppen verwendete Kommunikationsstrukturen und die Kooperation mit Migrantenorganisationen werden für die Bekanntmachung der Regelangebote und der Bedarfsermittlung genutzt. Der Einsatz von Multiplikatoren und digitalen Medien wird erprobt.

Zur stärkeren konzeptionellen Beteiligung von Zugewanderten im Handlungsfeld Gesundheit unterstützt die Verwaltung ab 2021 Strukturen, die einen fachlichen und vollwertigen Austausch mit Menschen mit Migrationshintergrund begünstigen.

Anlaufstellen zur Beratung und Begegnungsorte zum Austausch werden in Stadtteilen mit hohen Migrantenanteilen vorgehalten.

---

<sup>40</sup> Vulnerable Gruppen sind Personenkreise, die aufgrund ihrer körperlichen, geistigen oder seelischen Konstitution oder aufgrund ihrer besonderen sozialen Situation verletzlich (vulnerabel) sind. Sie sind Stressfaktoren ausgesetzt (externe Dimension), können diese nicht bewältigen (interne Dimension) und leiden unter den Folgen der Nichtbewältigung.

## Handlungsfeld Sport



12

### Hintergrund

Der Sport bietet herausragende Möglichkeiten, Kontakte ohne große Sprachbarrieren herzustellen. Sportangebote können die Grundlage für die Teilnahme an weiteren Lernangeboten sein. Die Sportangebote sollen so gestaltet sein, dass sie auch den Bedürfnissen und Möglichkeiten auch nicht deutschsprachiger Menschen entsprechen. Viele Sportvereine haben sich dieser Herausforderung gestellt und Neuzugewanderten, insbesondere aus Krisenregionen, spezielle Angebote unterbereitet. Mit Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure wurden so die Zugänge für die Geflüchteten in Vereine erleichtert und Hürden sowie Berührungspunkte überwunden. Die Angebote der Vereine gehen über klassische Sportangebote hinaus. Sie bieten eine Orientierung im sozialen Umfeld und für den Lebensalltag sowie ein Basiswissen an deutscher Sprache. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer lernen Teamfähigkeit, Sozialverhalten, Fairness, Respekt und Toleranz. Bewegung und Sport ist sowohl aus neurowissenschaftlicher als auch aus

gesundheitswissenschaftlicher Sicht wichtig für eine gesunde Lebensführung.

Durch die Digitalisierung treiben viele Menschen aber tendenziell weniger Sport. Es wird deshalb angestrebt, Sport- und Bewegungsangebote systematisch und flächendeckend im Stadtgebiet und den Quartieren zu entwickeln, damit Kinder, Jugendliche und Eltern möglichst frühzeitig herangeführt werden bzw. daran partizipieren können. Die Gewinnung weiterer etablierter Vereine für diesen Weg und eine entsprechende Nutzung entstehender Angebote auch durch Zugewanderte bleibt eine zukünftige Aufgabenstellung. Auch weisen Unfallberichte, Beobachtungen und Rückmeldungen aus Bildungseinrichtungen darauf hin, dass in der Bevölkerung und insbesondere bei immer mehr Kindern und Jugendlichen das Schwimmvermögen schwindet. So soll auf Förderung der Schwimmfähigkeit aller Kinder und Jugendliche ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

## Ausgangssituation

In Wiesbaden gibt es rund 240 Sportvereine. Zu 20 bis 30 Sportvereinen besteht ein intensiverer Kontakt des Sportamtes. Neugegründete Vereine werden erfasst, sobald diese Fördermittel beim Sportamt beantragen oder sich beim Landessportbund melden. Da die Kapazitätsgrenze von Sportstätten in Wiesbaden von den 240 Sportvereinen so gut wie ausgeschöpft ist, haben es neue Initiativen oder Vereine außerordentlich schwer, an Belegungszeiten in den Sportstätten zu gelangen. Die dem Namen nach migrantisch orientierten Sportvereine verfolgen dieselben Ziele wie alle anderen Sportvereine und stehen zum Beispiel bezogen auf die Nutzung von Sportstätten vor denselben Herausforderungen. Über den Ausländerbeirat ist eine Vertretung der Interessen der ausländischen Bevölkerung in der Sport- und Freizeitkommission vorhanden. Die 2006 beschlossenen Fördermittel für Vereine mit hohem Anteil von Migrantinnen und Migranten sind aufgrund der Schwierigkeiten bei der Erhebung des Migrationshintergrunds bei den Mitgliedern der Sportvereine inzwischen wieder in die allgemeinen Förderrichtlinien der Jugendarbeit überführt worden.

Von Seiten des Sportamtes wird die Assyrische Kirchengemeinde für ihre Volleyball und Sportaktivitäten für Flüchtlinge gefördert. Von Seiten des Amtes für Zuwanderung und Integration werden erweiterte Badezeiten im Hallenbad Kostheim gefördert. Diese werden überwiegend von Frauen mit Migrationshintergrund wahrgenommen. Geringe deutsche Sprachkenntnisse und/oder deren stockender Erwerb erschweren teilweise die Integration in die

Sportangebote Individuelle Bewegungsangebote, die niedrighschwellig sind z. B. Calisthenics und Fitness erfreuen sich immer steigender Beliebtheit. Sportvereine funktionieren aber auch weiterhin als interkulturelle Austauschräume. Im Fußballbereich ist die Durchmischung der Gruppen im Hinblick auf den Migrationshintergrund besonders hoch. Problematisch ist jedoch das negative Auftreten einzelner Personen mit Migrationshintergrund. Deren Verhalten strahlt durch pauschale (Vor-)Urteile auf die große Gruppe derer aus, die sich unauffällig oder vorbildlich verhalten.

Die Übungsleiterinnenausbildung von Menschen mit Migrationshintergrund ist in den Sportvereinen etabliert und die interkulturelle Öffnung von Sportvereinen wird verbandsseitig aktiv gefördert. Die Informationslage auf Seiten der Menschen mit Migrationshintergrund über den Vereinssport hat sich stetig verbessert. Maßnahmen der Sportvereine, die über den Sportbetrieb hinausgehen und besonders integrationsfördernd sind, werden unterstützt und wertgeschätzt. So wurde der Integrationspreis 2019 der Stadt Wiesbaden an den Schwimmverein Delfin e.V. verliehen.

Der Landessportbund Hessen (LSB) hat eine ganze Reihe an Maßnahmen für Sportvereine im Bereich Integration im Portfolio. Deren Wahrnehmung und Umsetzung liegt in der Autonomie der Sportvereine. Die Angebote der Hessischen Sportjugend im Themenfeld Integration(<https://www.sportjugend-hessen.de/integration/>) sind den Sportvereinen bekannt.

## Ziele

### Das wollen wir erreichen

- Die Teilnahmemöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten, insbesondere von Neuzugewanderten, an Angeboten speziell des organisierten Sports werden verbessert.
- Sportangebote leisten einen Beitrag dazu, den sozialen Frieden und das friedliche Miteinander sowie das gegenseitige Helfen und Vertrauen zu fördern und zu stärken.

### Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre

Migrantinnen und Migranten, insbesondere Neuzugewanderte, werden über die Angebote des organisierten Sports informiert und mit Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure werden die Zugänge erleichtert und Hürden sowie Berührungspunkte überwunden.

Kooperationen mit Migrantenorganisationen, Akteuren im Bildungsbereich und Maßnahmen zur Förderung des gegenseitigen Respekts, der Extremismusprävention und der Verhinderung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit durch den organisierten Sport werden gefördert.



## **Handlungsfeld Bürgerbeteiligung und Bürger-/innenengagement**



### Hintergrund

Das Handlungsfeld Bürger/-innenbeteiligung und Bürger/-innenengagement ist einer der Bereiche, in dem die interkulturelle Öffnung voranzutreiben ist. Wie auch in anderen Kommunen Deutschlands geben die Leitlinien zur Bürger/-innenbeteiligung einen ideellen Rahmen vor, an dem sich alle Beteiligungsprozesse in ihren Abläufen orientieren sollen. Es kann davon ausgegangen werden, dass für etliche Gruppen der neu zugewanderten Bevölkerung die Themen Bürger/-innenbeteiligung und Bürger/-innenengagement angesichts der sonstigen Herausforderungen, sich in der neuen Umgebung zurechtzufinden und anzukommen, eine eher untergeordnete Priorität haben. Gleichwohl gilt es sowohl für diese als auch für bereits länger in Wiesbaden wohnende Migrantinnen und Migranten einerseits über die Möglichkeiten in diesem Handlungsfeld zu informieren und andererseits die Bereitschaft der Beteiligung und Teilhabe zu fördern und zu unterstützen.

Eines der zentralen Handlungsfelder bei der Bürger/-innenbeteiligung ist die Stadt-

entwicklung. Mit den Zielen der Demokratisierung, verbesserter Nachfrageorientierung und Aktivierung zivilgesellschaftlicher Ressourcen wurden Partizipationsangebote in der Stadtentwicklung in den vergangenen Jahrzehnten generell ausgebaut. Von Stellungnahmen zu Bebauungsplänen über OpenSpaceWerkstätten bis hin zu selbstorganisierten Ideenpools werden heute unterschiedliche Formate genutzt, um Stadtnutzer/-innen in Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Es gilt die Vielfalt innerhalb der Wiesbadener Bevölkerung bei deren Partizipation an Beteiligungsprozessen zu berücksichtigen. Für die Akteure in der Stadtentwicklung stellt sich die Frage, wie die Teilhabe an Planungsprozessen und stadtpolitischen Entscheidungen für unterschiedliche zugewanderte Gruppen und Menschen mit Migrationshintergrund erweitert werden kann.

Dabei geht es nicht nur um eine bessere Zielgruppenorientierung bei der Entwicklung von Räumen, sondern auch darum, sie als Mitglieder der Gesellschaft zu aktivieren.

## Ausgangssituation

Die Untersuchung des Amtes für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik aus dem Jahr 2016 zum „Politikinteresse, Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement“ hat eine unterdurchschnittliche zivilgesellschaftliche Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund festgestellt. Eine der daraus gezogenen Konsequenzen ist der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Beteiligung am Forschungsprojekt INTERPART<sup>41</sup>. Eine andere Konsequenz ist die immer noch andauernde Diskussion, ob und wie das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten gesteigert werden kann. Im Zuge der Zuwanderung von Geflüchteten ist deutlich geworden, dass ohne die Unterstützung der Zivilgesellschaft und deren ehrenamtlichem Engagement das administrative System deutlich mehr überfordert gewesen wäre.

Die gleichberechtigte Teilhabe beinhaltet die Forderung an die Gesellschaft und an

die einzelnen Bürgerinnen und Bürger, aktiv an der Entwicklung eines besseren Lebens aller Mitglieder beizutragen. Diese Einbeziehung des bürgerschaftlichen Engagements bedeutet eine Vernetzung von kommunalen Stellen und aktiv Engagierten und ist in allen gesellschaftlichen und institutionellen Bereichen zu unterstützen. Das Bürgerschaftliche Engagement der Paten-, Mentoring- und Tandemprojekte übernimmt in allen Handlungsfeldern eine unterstützende Funktion. Paten haben die Möglichkeit, über persönliche, vertraute und oft freundschaftliche Bindungen konkret, schnell und direkt zu helfen. Gleichzeitig entsteht ein gegenseitiges Verständnis für unterschiedliche Kulturen und Sichtweisen, so dass diese sozialen Austauschprozesse Vorurteile abbauen können und ein damit einen wichtigen Beitrag für den gegenseitigen Integrationsprozess leisten.

---

41 INTERPART steht für interkulturelle Räume der Partizipation und zielt exakt auf die formulierte Herausforderung ab. Ein weiterer Praxis-Kooperationspartner INTERPARTs ist Berlin. Während in Wiesbaden die Entstehung von Bürgerbeteiligungsprozessen eine Top-Down

Entwicklung war, ist diese Entwicklung in Berlin Bottom-Up erfolgt. Trotz der gegenteiligen Entstehungsgeschichte von Bürgerbeteiligungsprozessen ist auch in der Hauptstadt die Zielgruppe von zugewanderten Menschen unterrepräsentiert.

## Ziele

### Das wollen wir erreichen

- Die kulturelle Diversität der Bürger\*innen der Stadt Wiesbaden wird zunehmend in den Beteiligungsprozessen der Stadt abgebildet.
- Die Chancen und Kompetenzen des bürgerschaftlichen Engagements für den Integrationsprozess werden genutzt.

## Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre

Im Zuge der Weiterentwicklung der Leitlinien zur Bürger/-innenbeteiligung werden Kriterien zu einer interkulturellen Öffnung von Bürger/-innenbeteiligungsprozessen in den Leitlinien integriert.

Um das Thema Bürger/-innenbeteiligung an neu zugewanderte Menschen heranzutragen, wird ein Modul für das Projekt „WieWeiser“ (Federführung Amt für Zuwanderung und Integration) entwickelt und im Rahmen von „WieWeiser“ in den Integrationskursen sowie in anderen Lern- und Informationsformaten eingesetzt.

Niedrigschwellige Beteiligungsangebote werden auf der Basis bisher vorliegender Erfahrungen entwickelt und bei Beteiligungsprozessen systematisch eingesetzt. Die Federführung hierfür liegt bei Dezernat I / WIEB.

Die Öffentlichkeitsarbeit bei Beteiligungsprojekten wird auch auf schwer erreichbare Zielgruppen und Zugewanderte mit geringen Deutschkenntnissen abgestimmt.

Die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Entwicklung und Durchführung niedrigschwelliger Beteiligungsangebote sowie für die Öffentlichkeitsarbeit werden bereitgestellt.

Um Multiplikatoren für die Themen Bürger/-innenbeteiligung und Bürger/-innenengagement zu gewinnen, erfolgt eine systematische Kooperation mit Migrantorganisationen.

Die beim Freiwilligen-Zentrum Wiesbaden e. V. eingerichtete „Fachstelle Mentoring“ unterstützt, stärkt und fördert mit Paten-, Mentoring- und Tandemprojekten Integrationsprozess Zugewanderter in allen Handlungsfeldern des Integrationskonzeptes.

## Handlungsfeld Politische Partizipation

### Hintergrund

Die politische Teilhabe bedeutet im engeren Sinne die Beteiligung an politischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen, in denen es um legitime und folgenreiche Entscheidungen über die Belange des Gemeinwesens geht.<sup>42</sup>

Die Einbürgerung ermöglicht in dieser Hinsicht die Ausübung von uneingeschränkten politischen Rechten für Migrantinnen und Migranten. In Wiesbaden wurden im Jahr 2019 insgesamt 1057 Anträge auf Einbürgerung angenommen. Eine weitere statistische Kennzahl der letzten zwei Jahre besagt, dass bemessen auf die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer, die 10 Jahre oder länger in Deutschland leben und in der Regel alle Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen, nur zwischen zwei und vier Prozent pro Jahr eine Einbürgerung durchlaufen. Das ausgeschöpfte

### Ausgangssituation

Ohne die deutsche Staatsangehörigkeit ist die politische Teilhabe begrenzt. Zwar können EU-Angehörige in der Regel an der Kommunalwahl teilnehmen, doch die Anzahl der Migrantinnen und Migranten aus nicht EU-Ländern in Wiesbaden liegt im Verhältnis deutlich höher. Für sie gibt es eine alternative Form der Beteiligung – den Ausländerbeirat. Dieser wird von Migrantinnen und Migranten direkt gewählt und vertritt ihre Interessen in der Kommune. Die Beteiligung an den Ausländerbeiratswahlen in Wiesbaden war seit Jahren rückläufig

Potential der Einbürgerung zeigt somit ein ziemlich niedriges Niveau.

Die Vorteile eines Staatsangehörigkeitswechsels sind aus der Sicht vieler Ausländerinnen und Ausländer begrenzt. Insbesondere ist der Anreiz für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger gering, da sie rechtlich weitgehend mit deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt sind. Bei Drittstaatsangehörigen könnte die Pflicht zur Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit ein Grund sein, sich gegen eine Einbürgerung zu entscheiden. Dabei ist zu beachten, dass die rechtliche Gleichstellung nach Erhalt der Einbürgerung nicht mit der faktischen Partizipation in Parteien oder der Stadtverordnetenversammlung gleichzusetzen ist. Die politische Vertretung durch Menschen mit Migrationshintergrund fällt nach wie vor sehr gering aus.

und ist erstmals von 5% in 2015 auf 9% in 2021 gestiegen. Mögliche Gründe für den langjährigen Rückgang sind: Stammwählerinnen und Stammwähler bei der Ausländerbeiratswahl haben sich seit der letzten Wahl einbürgern lassen und damit das aktive Wahlrecht verloren; die hohe Zahl der neu zugewanderten Wahlberechtigten<sup>43</sup> ließen sich in der Kürze der Zeit kaum erreichen sowie eine mangelnde öffentliche Wahrnehmung des Gremiums. Mögliche Gründe für den Anstieg und der dennoch eher geringen Wahlbeteiligung liegen in

---

42 Gesemann Frank, Roth Roland, Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern, Friedrich Ebert Stiftung, 2015

43 Dies betrifft vor allem den Zuzug von Geflüchteten.

den Befugnissen des Ausländerbeirates. Der Ausländerbeirat hat nach der Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung zwar ein Antragsrecht in der Stadtverordnetenversammlung, er entscheidet aber nicht mit, sondern ist nur - soweit Interessen der ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner berührt sind - anzuhören und hat eine beratende Funktion für die politischen Gremien der Stadt.

Eine Möglichkeit der politischen Partizipation für ausländische Einwohnerinnen und Einwohner besteht in deren bürgerschaftlichem Engagement. Insbesondere bei den Neuzugewanderten bekommen Migrantenorganisationen deswegen einen nicht zu unterschätzenden Wert.

## Ziele

### Das wollen wir erreichen

- Die politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten ist gestärkt.

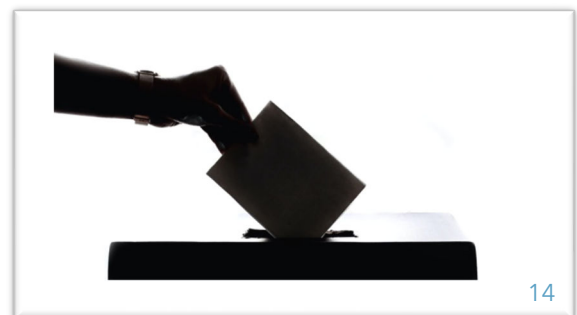
## Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre

Projekte zur politischen Bildung und Empowerment von ausländischen Einwohnern und Einwohnerinnen werden ange-regt, unterstützt und gefördert.

Einbürgerungsberechtigte Personen werden zu diesem Schritt durch Einbürgerungsfeiern wertgeschätzt.

Die aktive Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund an politischen Entscheidungen und Bürgerbeteiligungsprozessen sowie die Übernahme von Verantwortung in den politischen Gremien der Stadt wird unterstützt.

Die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Einwohnerinnen und Einwohner, die weder über die deutsche noch die europäische Staatsbürgerschaft verfügen, wird von der Stadtverordnetenversammlung unterstützt. Hierbei bedarf es einer Gesetzesinitiative auf Bundesebene.



14

## Handlungsfeld Migrantenorganisationen

### Hintergrund

Migrantenorganisationen (MOen) sind oft erste Ansprechpartnerinnen für Neuzugewanderte. Sie fungieren als Brückenbauer zwischen den Neuzugewanderten und der Aufnahmegesellschaft und verhelfen zur gesellschaftlichen Teilhabe. Migrantenorganisationen sind jedoch keine homogenen Vereine, sondern sind in ihren Strukturen, Zielen und kulturellen Hintergründen so vielfältig wie die Wiesbadener Stadtgesellschaft im Ganzen. Weiterhin gibt es keine einheitliche Definition von Migrantenorganisationen. Auch die genaue Anzahl der in Wiesbaden verorteten MOen ist unbekannt. Die Integrationsabteilung steht momentan in Kontakt mit etwa sechzig migrantischen Vereinen.

Migrantenorganisationen sind genau wie jeder (gemeinnützige) Verein berechtigt

Förderanträge für projektbezogene oder institutionelle Förderung einzureichen. Der damit verbundene administrative Aufwand stellt jedoch für viele MOen, insbesondere für diejenigen die ausschließlich über ehrenamtliche Strukturen verfügen, eine große Hürde dar. Teilweise sind auch fehlende Sprach- oder Systemkenntnisse problematisch. Die Integrationsabteilung konnte dies in zwei Befragungen herausfinden. Auch das Integrationskonzept der Landeshauptstadt Wiesbaden, welches die Grundlage für die Förderung integrativer Projekte darstellt, ist einigen Migrantenorganisationen nicht bekannt. Um adäquat Aufgaben der Erstintegration übernehmen zu können, benötigen sie personelle oder finanzielle Unterstützung.

### Ausgangssituation

Zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements von Migrantenorganisationen hat die Integrationsabteilung ein entsprechendes Konzept entwickelt, das den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt wurde. Damit verbunden war der Antrag,

eine zentrale Koordinierungsstelle zur Unterstützung der Migrantenorganisationen einzurichten. Diese wurde im März 2021 mit Förderung des Landes Hessen (WIR Programm) beim Amt für Zuwanderung und Integration eingerichtet.

### Ziele

#### Das wollen wir erreichen

- Migrantenorganisationen werden als Partner bei der Umsetzung des Integrationskonzeptes wertgeschätzt und eingebunden.

### Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre

Die Professionalisierung und Ermöglichung von ehrenamtlichem Engagement der Migrantenorganisationen im Bereich der Integrationsarbeit werden durch Empowerment,

Beratung, Mikroprojekt- und Infrastrukturförderung analog des Programmes „House of Resources“ unterstützt.

## Handlungsfeld „Abbau Diskriminierung/Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ sowie „Extremismusprävention“

### Hintergrund

Eine wachsende Vielfalt innerhalb einer Stadtgesellschaft gehört mittlerweile zu den Normalitäten des urbanen Lebens. Das nachbarschaftliche Zusammenleben von Menschen aus verschiedenen Milieus in den Städten gelingt in der Regel überwiegend gut.<sup>44</sup> Gleichzeitig sind in den letzten Jahren diskriminierende, rassistische und antisemitische Aussagen im öffentlichen Diskurs wieder lauter geworden und sorgen für eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft. Ereignisse wie der Mord an dem hessischen Politiker Walter Lübcke oder die terroristischen Anschläge in Halle und

Hanau zeigen, dass der Rechtsextremismus aus der deutschen Gesellschaft nie verschwunden war und sich derzeit wieder in ihr verfestigt. Die weltweiten Protestdemonstrationen im Rahmen von Bewegungen wie #blacklivesmatter und deren zunehmende Bedeutung verdeutlichen aber auch, dass es ein steigendes Bewusstsein gegen (strukturellen) Rassismus gibt und die Mehrheitsgesellschaft offen und bereit dafür ist, sich mit diesem und weiteren Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit kritisch auseinanderzusetzen.

### Ausgangssituation

Das Zusammenleben in Wiesbaden wird von Weltoffenheit und Nachbarschaftlichkeit geprägt. Menschen aus rund 170 Ländern haben hier ein neues Zuhause gefunden.<sup>45</sup> In den Jahren 2014 bis 2019 haben gut 50.000 Neuzuwanderer aus dem Ausland erheblich zum Wachstum der Wiesbadener Bevölkerung beigetragen. Diese stetig wachsende Vielfalt ist zum festen Bestandteil der Stadt(gesellschaft) geworden. Gleichzeitig führt sie dazu, dass sich die Wiesbadener Bevölkerung damit auseinandersetzen muss, welche Empfindungen diese Entwicklung in ihr auslöst. Der Umgang mit Vielfalt innerhalb der Wiesbadener Stadtgesellschaft ist subjektiv und nicht stringent.

Die Auseinandersetzung mit Themen wie Vielfalt, Toleranz und Demokratie auf der

einen Seite und Phänomenen wie Rassismus, Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auf der anderen Seite hat in Wiesbaden in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Neben den stadtteilbezogenen Förderprogrammen „Sozialer Zusammenhalt - Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“<sup>46</sup> ist seit 2015 auch das Förderprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Form einer „Lokalen Partnerschaft für Demokratie“ in Wiesbaden verortet. Hier werden besonders Projekte gefördert, die sich in der Demokratieförderung und Extremismusprävention engagieren. Mit der „Lokalen Partnerschaft für Demokratie“

44 Siehe „Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden 2020“, Seite 64 ff.

45 Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Wiesbadener Gesamtbevölkerung lag Ende 2019 bei 39%. Bei den unter 18-

Jährigen lag er bei 60%. (Amt für Statistik und Stadtforschung, Monitoring zur Integration von Migranten Bericht 2020).

46 Ehemals „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“

ist ein wichtiger Baustein geschaffen worden, um die Arbeit der zahlreichen freien Träger und Initiativen in Wiesbaden in diesem Bereich zu begleiten und administrativ zu unterstützen.

Mit der seit 2009 jährlich stattfindenden Veranstaltungsreihe „WIR in Wiesbaden“ hat die interessierte (Fach)Öffentlichkeit die Möglichkeit sich mit den o. g. Themenfeldern im Rahmen von Podiumsdiskussionen, Fachvorträgen und Workshops auseinanderzusetzen. Ein Trägerkreis, der von „Spiegelbild – Politische Bildung aus Wiesbaden“<sup>47</sup> koordiniert und unterstützt wird, umfasst rund 70 Organisationen und Initiativen. Dieses Bündnis von zivilgesellschaftlichen Akteuren stellt alljährlich ein Programm zusammen, das sich thematisch im Spannungsfeld zwischen der Vielfalt und dem Phänomen der Ausgrenzung in einer Stadtgesellschaft bewegt. Daneben wurden seit 2016 drei Mal die „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ in Wiesbaden mit einem eigenen Programm durchgeführt. Es ist perspektivisch zu erwarten, dass sich auch diese jährliche Veranstaltungsreihe, die aus Solidarität zu den Gegnern und Opfern von Rassismus durchgeführt wird, in Wiesbaden etablieren wird.

Mit der Plattform Extremismus beschäftigt sich seit Oktober 2014 ein weiteres Gremium von Fachleuten damit, Programme und Maßnahmen zur Extremismusprävention festzulegen sowie deren Durchführung zu evaluieren. Die Arbeit der Plattform Extremismus richtet sich gegen jegliche Form von integrationshemmenden Aktivitäten und Entwicklungen. Nachdem der thematische Fokus des Gremiums zunächst auf dem islamistischen Extremismus bzw.

Salafismus lag, hat er sich auf alle Arten von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erweitert. Die beiden folgenden Extremismuspräventionsprojekte sind unmittelbar aus der Arbeit der Plattform Extremismus hervorgegangen: Die „Kommunale Beratungsstelle Salafismus“ in Trägerschaft des Vereins VIBIS e.V. führt einzelfallbezogene Beratungs- und Unterstützungsangebot für Eltern, Freunde und Fachkräfte bei Fragen zu Salafismus, drohender Radikalisierung und religiös motiviertem Extremismus durch. Seit 2017 erfolgt ergänzend eine proaktive Aufklärungsarbeit in den Wiesbadener Moscheegemeinden und ein regelmäßiger Austausch mit deren Imamen. Mit dem Projekt X-dream von „Spiegelbild – Politische Bildung aus Wiesbaden“ besteht ein Präventionsangebot für Schulen und Fachkräfte.<sup>48</sup> Ergänzt wird das bisherige Präventionsangebot seit 2019 durch die „Anlaufstelle Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – Beratung, Fortbildung, Workshops“ desselben Trägers. Behörden, Organisationen und Schulen in Wiesbaden können zu diesen Themenbereichen beraten und unterstützt werden. Falls Institutionen planen, Diskriminierung nachhaltig und/oder präventiv entgegenzuwirken, können sie von Spiegelbild in diesem Prozess begleitet werden. Daneben ist der Träger auch Ansprechpartner, wenn es für eine Organisation, eine Schule oder eine Behörde darum geht, auf einen aktuellen Fall von Antisemitismus oder gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu reagieren. Im Rahmen von Fortbildungen haben Institutionen zudem die Möglichkeit, sich individuell auf die jeweilige Organisation zugeschnitten zu ihren jeweiligen Fragestellungen schulen und informieren zu lassen.

47 Ehemals „Spiegelbild – Die Jugendinitiative des Aktiven Museums Spiegelgasse für

Deutsch- Jüdische Geschichte in Wiesbaden e.V.

48 <https://www.spiegelbild.de/tag/x-dream/>



## Ziele

### Das wollen wir erreichen

- Vielfalt im Sinne einer weltoffenen Stadt(gesellschaft) bedeutet, mit deren stetiger Veränderung zu leben. Phänomenen wie (strukturellem) Rassismus, jeglicher Form von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit werden entschieden entgegengetreten und nicht akzeptiert.

## Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre

Eine DEXT-Fachstelle (Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention) ist bei der „Lokalen Partnerschaft für Demokratie“ im Amt für Soziale Arbeit der Landeshauptstadt Wiesbaden eingerichtet und personell besetzt.

Die Arbeit der bereits implementierten Extremismuspräventionsprojekte „Kommunale Beratungsstelle Salafismus“ und „Anlaufstelle Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit - Beratung, Fortbildung, Workshops“ wird weiterhin unterstützt und gefördert.

Eine kommunale zentrale Beratungsstelle, die Betroffene von Diskriminierung psychosozial und juristisch berät, wird eingerichtet und personell besetzt.

Veranstaltungsreihen wie „WIR in Wiesbaden“ oder die „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ werden regelmäßig durchgeführt. Die Koordination und Unterstützung des jeweiligen Trägerkreises

wird weiterhin personell und finanziell unterstützt. Eine breite Öffentlichkeit der Wiesbadener Stadtgesellschaft wird durch die Veranstaltungsreihen als Zielgruppe erreicht.

Die oftmals ehrenamtliche Arbeit zahlreicher zivilgesellschaftlicher Akteure (Freie Träger, Initiativen sowie Künstlerinnen und Künstler) in den Themenfeldern Vielfalt und Demokratieförderung wird wertgeschätzt und unterstützt.

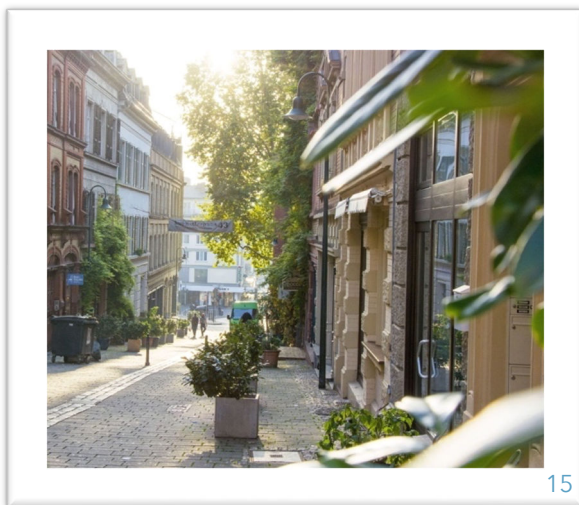
Die Plattform Extremismus wird als kommunal vernetztes Gremium und als Seismograph für gesellschaftliche Entwicklungen in Wiesbaden fachlich stetig weiterentwickelt.

Fachtage und Informationsveranstaltungen zu Phänomenen wie Antisemitismus, (strukturellem) Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit werden jährlich für Fachkräfte und eine interessierte Öffentlichkeit durchgeführt und unterstützt.

## Handlungsfeld Stadtteile

### Hintergrund

Mit der wachsenden migrationsbedingten Vielfalt innerhalb der Stadtgesellschaft steigt die Notwendigkeit, den Austausch von Meinungen und Unterschieden zwischen verschiedenen Kulturen, Gemeinschaften und Menschen zu ermöglichen und Gemeinsamkeiten herauszustellen.



### Ausgangssituation

Die Wiesbadener Stadtteile sind in der Zusammensetzung ihrer Bewohnerschaft, ihrer Infrastruktur und auch in Bezug auf mögliche Herausforderungen heterogen und prägen mit ihren Unterschieden die Gesamtstadt. Deshalb ist es für die Ausrichtung der Sozialarbeit, der Wohlfahrtspflege, der Kinder- und Jugendarbeit aber auch der Politik sinnig die Stadt nicht nur als Ganzes zu betrachten, sondern kleinere Sozialräume in den Blick zu nehmen. Sozialräume sind das räumliche und soziale

Lebensumfeld der Bewohner/-innen und können, müssen jedoch nicht, die gleichen Ausmaße wie Stadtteile haben. In Wiesbaden sind sie in der Regel kleiner gehalten. Anhand verschiedener Indikatoren generiert das Amt für Soziale Arbeit soziale Bedarfslagen und damit den Status eines Sozialraums hinsichtlich der Handlungsprioritäten der sozialen Kommunalpolitik.

Die aktuellen Daten der Wiesbadener Sozialraumanalyse des Amtes für Soziale Arbeit zeigen, dass soziale Ungleichheit, zunehmende ethnisch kulturelle Diversität und die Pluralisierung der sozialen Lebensformen einige Stadtteile mehr betreffen als andere.<sup>49</sup> Die räumliche Segregation von Migranten in Wiesbaden hat in den letzten Jahren zwar abgenommen, allerdings kristallisieren sich einige Sozialräume als Transit- oder Übergangszonen heraus in denen viele Neuzugewanderte, aber auch insgesamt viele Menschen mit Migrationshintergrund leben. In diesen Quartieren werden oft Aufgaben der Erstintegration übernommen, obwohl sie selbst meist eine hohe soziale Bedarfslage haben. In allen Sozialräumen mit hoher sozialer Bedarfslage wurden niedrigschwellige Angebote für die Bewohner/-innen etabliert. Die Angebote sind handlungsfeld- und zielgruppenübergreifend und werden von unterschiedlichen Trägern durchgeführt. Sie umfassen ein weites Spektrum von niedrigschwelliger Beratung, Empowerment über Sprachförderung bis hin zu aufsuchenden Angeboten und

49 Einige der Stadtteile mit hoher sozialer Bedarfslage sind Teil des Programms „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“ (ehemals „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“). Das Programm wird aus Mitteln von Bund und Ländern gefördert und fokussiert die

Bearbeitung baulicher sowie sozialer Problemstellungen in den Quartieren. In den Projektquartieren wurden Quartiersmanagements eingerichtet, welche Ansprechpartner für die Bewohner/-innen und Koordinator/-innen für Prozesse auf Quartiersebene sind.

Besuchsdiensten. Alle Träger der Gemeinwesenarbeit bieten interkulturelle Begegnungs- und Konversationsmöglichkeiten an.

Im Rahmen des Landesprogramms WIR wurde ein Arbeitsschwerpunkt der Integrationsabteilung auf die Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur auf Stadtteilebene gesetzt. Zur stichprobenartigen Evaluation der Ausgangssituation führte die Integrationsabteilung Ende 2019 Interviews mit verschiedenen Akteuren in vier ausgewählten Sozialräumen durch. Untersucht wurden neben Angebotsvielfalt und -nutzung auch Möglichkeiten

gesellschaftlicher und politischer Partizipation, deren Rezeption, sowie das (subjektive) Sicherheitsempfinden vor Ort und die infrastrukturelle Ausstattung des Quartiers. Die Ergebnisse dieser Befragung geben Hinweise auf ein weiter noch zu untersuchendes fehlendes Gemeinschaftsgefühl, Missgunst und oder Abgrenzung innerhalb verschiedener Migrantengruppen und teilweise zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. Damit verbunden sind auch Spannungen aufgrund unterschiedlicher Lebensmodelle aufgrund von Generationsunterschieden und unterschiedlichen kulturellen Prägungen.

## Ziele

### Das wollen wir erreichen

- Das Einrichten und Betreiben von Anlaufstellen für interkulturelle Begegnungen und Austausch in den Stadtteilen bleibt eine Daueraufgabe. In Stadtteilen und Quartieren mit hohen Anteilen an Migrantinnen und Migranten, insbesondere an Neuzugewanderten, existieren Anlaufstellen zur Beratung der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und für deren Interessenausgleich.

## Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre

Orte, Gelegenheiten und Veranstaltungen für interkulturelle und interreligiöse Begegnungen und Beteiligungsmöglichkeiten in den Wiesbadener Stadtteilen werden gefördert.

Die gesellschaftliche und politische Partizipation von Zugewanderten wird gefördert.

In Stadtteilen mit hohen Anteilen an zugewanderten Menschen existieren

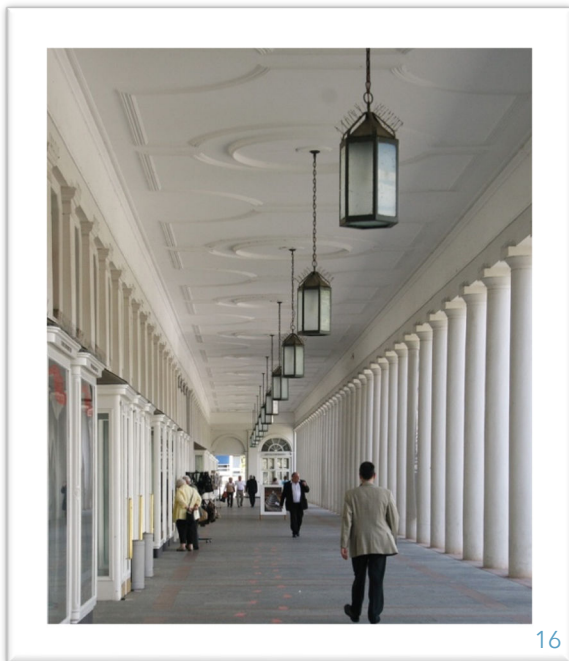
Strukturen und Methoden zur Konfliktbewältigung im gemeinsamen Zusammenleben.

Bei Stadtteilentwicklungsprozessen werden Beteiligungsmöglichkeiten und -methoden entwickelt und eingesetzt, die die Kompetenzen und Belange von Migrantinnen und Migranten berücksichtigen.

## Handlungsfeld Kultur

### Hintergrund

In allen Kunstsparten haben sich im Laufe der letzten Jahrhunderte unterschiedliche kulturelle Einflüsse aus verschiedenen Ländern miteinander verbunden und zu neuen Ausdrucksformen gefunden. Dieser interkulturelle Austausch und das Miteinander in der Kunst können helfen, Zugänge und Verständnis füreinander zu finden. Dies ist teilweise auch unabhängig von vertieften landessprachlichen Kenntnissen möglich. Der kulturelle Austausch kann verdeutlichen, welcher Gewinn ein gelungenes kreatives Miteinander sein kann.



16

### Ausgangssituation

Ende 2015 kamen hundertausend Menschen auf der Flucht vor Hunger, Krieg und Armut nach Deutschland. Von diesen

haben inzwischen über 6.000 Personen in Wiesbaden ein neues zu Hause gefunden. Auf Initiative der damaligen Dezernentin für Schule, Kultur und Integration fand am 22.03.2016 ein inhaltlicher Austausch mit verschiedenen Kulturträgern der Landeshauptstadt in der Villa Clementin statt, aus dem das Konzept zum Sonderetat „Kultur von, mit und für Geflüchtete/n“ hervorging.<sup>50</sup> Ziel war es, Geflüchteten mit Hilfe kultureller Projekte die Möglichkeit zu geben mit der Wiesbadener Bevölkerung in Kontakt zu kommen und Ihre Fluchterlebnisse und Erfahrungen aus den Herkunftsländern künstlerisch zu verarbeiten. Aufgrund der positiven Resonanz der Projekte seitens der Stadtverwaltung und den beteiligten Projektträgern wurde der Sonderetat in Höhe von 50.000€ auch im Jahr 2017 durch die Stadtverordnetenversammlung bewilligt. Die Zielgruppe wurde auf Menschen mit Migrationshintergrund erweitert und das Programm in „Integration durch Kultur“ umbenannt. Auch in den kommenden Jahren wurde das Programm je mit gleichem Volumen fortgeführt. Eine Ausnahme bildet das Jahr 2018 in welchem 25.000€ für integrative Kulturprojekte zur Verfügung standen. 2017 erweiterten das Kulturamt und das Amt für Zuwanderung und Integration mit Unterstützung durch das Landesprogramm WIR den gemeinsamen Arbeitsschwerpunkt des Themas „Integration durch Kultur“. Gemeinsam luden sie Migrant\*innenorganisationen, Kultureinrich-

<sup>50</sup> Es wurde durch das Kulturamt und das Amt für Zuwanderung und Integration entwickelt. Für integrative Kulturprojekte wurden 50.000€ zur Verfügung gestellt. Eine ämterübergreifende Fachjury wählte vierzehn Projekte aus, die umgesetzt werden konnten. Die gewonnenen

Erfahrungen wurden ausgewertet und in einer Broschüre verschriftlicht. Siehe <https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/kultur/2018-11-29-Auswertung-Kultur-von-mit-und-fuer-Gefluechtete-n-2016.pdf>

tungen und interessierte Bürgerinnen und Bürger zum Workshop „Kulturelle Teilhabe - Vision oder Illusion“ ein. Nach einem Einführungsreferat von Dr. Terkesides wurde über den Status Quo der Wiesbadener Kulturlandschaft diskutiert. Konkret wurde evaluiert, ob Migrantinnen und Migranten ebenso am kulturellen Leben teilhaben können wie Menschen ohne Migrationshintergrund und welche Bedingungen für eine Teilhabe gegeben sein müssen. Ergebnisse des Workshops waren, dass viele Migrantinnen und Migranten die Angebote nicht kennen und dass ebenso viele Kultureinrichtungen über die Bedarfe der Zielgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund nicht ausreichend informiert sind.

In einem Folgeworkshop im Jahr 2018 wurde mit der gleichen Zielgruppe über konkrete Ansätze zur Lösung der im Vorjahr herausgestellten Probleme gesprochen. Ergebnis waren die Forderung nach einer Kulturdatenbank und einem Netzwerk aus Kulturschaffenden und Migrantenorganisationen.<sup>51</sup> Unter Beteiligung der Akteure der Migrantenorganisationen und Kulturinstitutionen wurden die Konzepte hierzu bei einem dritten Workshop im Jahr 2019 diskutiert und deren Umsetzung angeregt. Unter Administration des Kulturamtes und des Amtes für Zuwanderung und Integration hat sich eine Redaktionsgruppe konstituiert, die den Aufbau einer Kulturdatenbank durch eine

beauftragte Firma betreut und die Interessen der jeweiligen Zielgruppen bei der inhaltlichen Umsetzung wahr. Diese besteht aus VertreterInnen von Migrantenorganisationen, Kulturschaffenden und Ehrenamtlichen. Die Datenbank wird den Namen „WI Wer Was“ tragen und Informationen über Kulturveranstaltungen, Kulturschaffende und Migrantenorganisationen bereithalten sowie organisatorische Hinweise für Kulturschaffende und Migrantenvereine aufzeigen. Alleinstellungsmerkmale werden unter anderem die Mehrsprachigkeit, eine intuitive Bedienung, sowie die Möglichkeit eines Kooperationsinteresses, inklusive Austausch von Kontaktdaten zwischen Migrantenvereinen und Kulturschaffenden sein.<sup>52</sup>



51 Für beide Forderungen liegen Konzepte vor, die von Mitarbeitenden der Integrationsabteilung und des Kulturamtes konzipiert wurden.

52 Die Kulturdatenbank ist inzwischen entwickelt. Aufgrund der Restriktionen durch die Covid-19

Pandemie und dem Erliegen des Kulturbetriebs ist deren Erprobung noch nicht abgeschlossen. Gleiches gilt für den Aufbau des Netzwerkes Kulturschaffender mit Migrantenorganisationen.

## Ziele

### Das wollen wir erreichen

- Der Kulturbereich in Wiesbaden ist für alle Teile der Stadtbevölkerung offen und zugänglich. Bestehende Hemmnisse, insbesondere für Menschen mit Zuwanderungsbiographien wurden sukzessiv abgebaut und das kulturelle Angebot um Angebote der verschiedenen Herkunftskulturen erweitert. Kulturelle Angebote werden als Türöffner für eine offene Gesellschaft verstanden und genutzt.

## Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre

Die Datenbank zur Verbesserten Sichtbarkeit von Kulturveranstaltungen und Migrantenorganisationen „WI Wer Was“ ist erstellt, online veröffentlicht und wird durch eine ehrenamtliche Redaktionsgruppe begleitet, die sich regelmäßig trifft.

Die aus den jeweiligen Heimatländern mitgebrachte Kultur der Menschen mit Migrationshintergrund wird sichtbar gemacht und anerkannt. Die Potentiale dieser kulturellen Vielfalt werden bei Veranstaltungen und Angeboten herausgestellt.

Insbesondere für Neuzuwanderer werden milieuspezifische Zugänge zu den kulturellen Einrichtungen erschlossen.

## Handlungsfeld Interkulturelle Öffnung

### Hintergrund

Der Begriff der "Interkulturellen Öffnung" hat seinen Ursprung im Bereich der sozialen Arbeit und geht auf eine Diskussion über die ethisch-moralische bzw. gesellschaftspolitische Verantwortung gegenüber Menschen nichtdeutscher Herkunft in der Mitte der 1990er Jahre zurück. Festgestellt wurde damals, dass zum Nachteil der zugewanderten Bevölkerung ein ungleicher Zugang zu den sozialen Ressourcen in der Gesellschaft im Verhältnis zu der einheimischen Bevölkerung festzustellen ist. Diese Ungleichheit sollte beseitigt werden, indem vor allem Zugangsbarrieren zu den Institutionen abgebaut werden sollten. Als Zugangsbarrieren gelten beispielsweise Informationsdefizite, Vorurteile gegenüber den Zugewanderten, unbekannte bürokratische Strukturen, unterschiedliches Kommunikationsverhalten und geringe Deutschkenntnisse. Das Gebot der Chancengleichheit und der sozialen Gerechtigkeit gab den Anspruch vor, für alle Einwohnerinnen und Einwohner Unterstützung und Hilfe anzubieten. Rechtliche Grundlagen sind das Diskriminierungsverbot, die Charta der Grundrechte der Europäischen Union von 2000 und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) von 2006.

### Ausgangssituation

Der prozentuale Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte innerhalb der Stadtverwaltung hat in den letzten Jahren konstant zugenommen. Auch in der Gruppe der Auszubildenden ist ein Zuwachs von jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund zu beobachten. Im dualen Studium der Inspektor/-innenanwärter, die eine Beamten/-innenlaufbahn einschlagen, sind sie

Unter Interkultureller Öffnung wird eine Strategie der Organisationsentwicklung verstanden, die auf die kulturelle Vielfalt einer Gesellschaft angemessen reagieren soll. Die entsprechenden Strategien erstrecken sich auf Organisations- und Personalentwicklung sowie Maßnahmen zur Produkt- und Dienstleistungsentwicklung. Bestehende Strukturen, Angebote und Abläufe sind kritisch zu analysieren und auf Ausgrenzungsmechanismen zu untersuchen. Der Prozess der interkulturellen Öffnung bringt viele Vorteile. Hierzu gehört eine erhöhte Nutzer/-innenorientierung und damit verbundene Nutzer/-innenzufriedenheit, die wiederum zu einer verbesserten Mitarbeitendenzufriedenheit mit entsprechenden Bindungseffekten an den Arbeitgeber führen kann. Weitere Aspekte sind eine höhere Kreativität durch die Einbeziehung vielfältiger Sichtweisen und eine produktive Gestaltung von Arbeits- bzw. Dienstleistungsprozessen. Neben Fortbildungen haben in den letzten Jahren viele Arbeitgeber den Weg eingeschlagen, den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund zu erhöhen und damit auch ein Abbild der Bevölkerung in der Belegschaft zu erhalten.

jedoch noch etwas unterrepräsentiert. Dies könnte gesetzlichen Bestimmungen wie etwa der Voraussetzung der deutschen Staatsbürgerschaft geschuldet sein. Die Verteilung über die verschiedenen Entgeltstufen wird kontinuierlich breiter. Die letzte dazu stattgefundenen Untersuchung fand im Jahr 2014 statt. Eine Wiederholung ist

aufgrund mehrerer Faktoren<sup>53</sup> jedoch nicht geplant.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden bietet seit 2005 für alle Mitarbeitenden interkulturelle Kompetenzseminare im Fortbildungsprogramm an. Ferner gibt es zielgruppenspezifische Fortbildungen im Bereich Interkultureller Kompetenz, etwa für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kommunalen Stadtpolizei. Dafür stehen vom Personalamt insgesamt 240.000 Euro und von den jeweiligen Fachämtern weitere 120.000 Euro zur Verfügung. Die Abteilung Kindertagesstätten unterhält ein eigenes jährlich neu erscheinendes Fortbildungsprogramm, welches auch externen Fachkräften und freien Trägern zugänglich ist. Bisher wurden in diesem auch immer Fortbildungen zur Entwicklung oder Förderung interkultureller Kompetenzen angeboten. Weiterhin gibt es im Bereich Kindertagesstätten einen Qualitätszirkel „Schwerpunkt-KiTa“ welcher zwanzig bis dreißig KiTa-Leitungen umfasst, die regelmäßig (teilweise auch mit externen Referentinnen und Referenten) zusammenkommen, um sich fachlich auszutauschen und unter anderem auch aufkommende Herausforderungen im Bereich interkultureller Kompetenz + zu bearbeiten.

Seit 2004 ist das Thema interkulturelle Kompetenz für alle Nachwuchskräfte der LHW (Landeshauptstadt Wiesbaden) ein verpflichtendes Standardmodul. Gemeinsam mit „Spiegelbild - Politische Bildung aus Wiesbaden“ e.V. ist ab 2021 geplant auch Seminare im Bereich der Prävention von Rechtsextremismus, -populismus und Antisemitismus anzubieten. Ferner werden

seit 2018 Auslandspraktika während der Ausbildung, zunächst durch eine Kooperation des städtischen Amtes für Soziale Arbeit und dem Personalamt, gefördert. Seit 2020 wird das Programm „IndA - Internationalisierung der Berufsausbildung“ durch Erasmus Plus<sup>54</sup> finanziert. Der Landeshauptstadt Wiesbaden steht in den Jahren 2020 bis 2022 ein eigener Pool von dreißig Plätzen zur Verfügung.

Personalausreibungen der Landeshauptstadt enthalten keine positiven Anreize speziell für Menschen mit Migrationshintergrund. Dies ist zum einen in der allgemeinen Gleichbehandlung aller Bewerbenden und zum anderen in der Normalität des Faktors Migrationshintergrund begründet. Es soll nicht durch explizite Herausstellung des Attributs „Migrationshintergrund“ ein abgrenzendes Momentum oder gar eine Stigmatisierung als „Anders“ geschaffen werden. Laut Einschätzung der zuständigen Fachabteilung ist aufgrund des demographischen Wandels und der damit verbundenen Pensionierung von etwa vierzig Prozent der derzeitigen Beschäftigten der Landeshauptstadt Wiesbaden bis 2030 eine weitere Angleichung der Anzahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund an den städtischen Durchschnitt zu erwarten. Die einstellende Abteilung erstellt zur Diskriminierungsvorbeugung eine Bewerberübersicht in Listenformat, welche nur die jeweiligen harten Fakten der Bewerbung enthält. Diese werden durch das Personalamt, die Frauenbeauftragte und die Schwerbehindertenvertretung der Stadt überprüft. Stellen, die interkulturelle Kompetenz erfordern, werden mit dieser

<sup>53</sup>Die Stadtverwaltung darf aufgrund des DSGVO keine Daten über den Migrationshintergrund erheben. Abfragen können daher nur auf freiwilliger Basis erfolgen. Weiterhin ist die Definition des Migrationshintergrundes nicht allen Mitarbeitenden bekannt und einige

könnten diesen eventuell inhaltlich nicht teilen. Eine valide kontinuierliche Untersuchung kann ebenfalls aufgrund sich verändernder Rahmenbedingungen nicht stattfinden. Die Daten wären nicht miteinander vergleichbar.

<sup>54</sup> Förderprogramm der Europäischen Union.



Anforderung an den/die BewerberInnen ausgeschrieben. Die Fähigkeit interkulturell zu agieren und zu kommunizieren, können Menschen mit und ohne Migrations-

hintergrund erlernen. Die Annahme, dass das Attribut. Migrationshintergrund allein zwangsläufig zur interkulturellen Kompetenz befähigt, ist nicht korrekt

## Ziele

### Das wollen wir erreichen

- Die vielfältiger werdende Gesellschaft spiegelt sich auch in der Zusammensetzung der Stadtverwaltung Wiesbaden wieder. Um die Chancen der Vielfalt erkennen zu können und diese zu nutzen, gehören Fortbildungen zur Steigerung der interkulturellen Kompetenz in allen Fachbereichen der Stadtverwaltung zum Standard. Alle Fachämter sind bereit und in der Lage ihr Dienstleistungsangebot dynamisch an den vielfältigen Adressatenkreis der Wiesbadener Bevölkerung anzupassen.

## Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre

Die interkulturelle Kompetenz der Führungskräfte und der Mitarbeiterschaft wird in allen Fachbereichen der Stadtverwaltung gefördert.

Alle Fachbereiche der Stadtverwaltung sind sensibilisiert darauf zu achten, dass bei allen Stellen, die eine interkulturelle Kompetenz bei der Aufgabenwahrnehmung erfordern, diese auch als Anforderungskriterium bei der Stellenauswahl und Stellenbesetzung zur Anwendung kommt.

Alle Fachbereiche der Stadtverwaltung setzen sich gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rassismus ein.



18

## Handlungsfeld Religion

### Hintergrund

Auf die Ausübung religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen innerhalb des gesetzlichen Rahmens nimmt der Staat keinen Einfluss. Die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten werden durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt. Die Ausgestaltung des religiösen Lebens obliegt im Rahmen der geltenden Gesetze den Religionsgemeinschaften.

Die eigene Religionsgemeinschaft bietet oft als erste Anlaufstelle in der Aufnahmegesellschaft Halt und Orientierung und erleichtert die Auseinandersetzung mit und das Einleben in einer neuen und noch fremden Gesellschaft. Sie kann die individuellen und kollektiven Bewältigungsleistungen der biografischen Brüche, die Migrantinnen und Migranten erleben, wie zum Beispiel bei Fragen zum Spracherwerb, zu

Arbeitsmöglichkeiten oder zur Orientierung unterstützen.

Wann ist Religion ein kommunales Thema oder Thema für die mit Integration befasste Behörde? Kommunen haben weder einen religiösen Auftrag, noch sind sie für den interreligiösen Dialog zuständig. Der Dialog trägt jedoch sehr zu gegenseitigem Verständnis, Toleranz etc. bei. Aus diesem Grund tun wir gut daran, diese Formen der Begegnung als eine unter vielen wertzuschätzen und zu unterstützen. Auch hat die Kommune eine moderierende bis hin regulative oder gewährleistende Rolle bei Konfliktsituationen, die mit dem Einfordern religiöser Grundrechte im Zusammenhang stehen wie zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Bau von Gotteshäusern oder der Entscheidung über den Speiseplan in Kindertageseinrichtungen.<sup>55</sup>

### Ausgangssituation

Das Amt für Stadtforschung und Statistik hat im Februar 2012 letztmals die Religionszugehörigkeit der Wiesbadener Bevölkerung untersucht. Neuere Erkenntnisse liegen mit der Untersuchung des Hessischen Ministerium für Soziales und Integration „Wie hast du`s mit der Religion?“ II aus dem Jahr 2017 auf landesweiter Ebene vor. Untersucht wurden Religiosität, Religionstoleranz und die Rolle der Religion über eine

repräsentative telefonische Befragung der volljährigen hessischen Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund.<sup>56</sup> Demnach ist im Zeitvergleich insgesamt eine abnehmende Bedeutung von Religion und Religiosität in der hessischen Bevölkerung zu beobachten, unabhängig vom Migrationshintergrund. Differenzen in den Ansichten und Aussagen variieren eher nach Religionszugehörigkeit, Alter und Bildungsniveau.<sup>57</sup>

55 S. hier die Diskussion um die Gestaltung des Speiseplans mit oder ohne Schweinefleisch.

56 Hessisches Ministerium für Soziales und Integration „Wie hast du`s mit der Religion?“ II Eine Umfrage zu Religiosität, religionsbezogener Toleranz und der Rolle der Religion in Hessen 2017

[https://soziales.hessen.de/sites/default/files/media/hsm/religionsstudie\\_2017\\_endversion\\_pdf.pdf](https://soziales.hessen.de/sites/default/files/media/hsm/religionsstudie_2017_endversion_pdf.pdf)

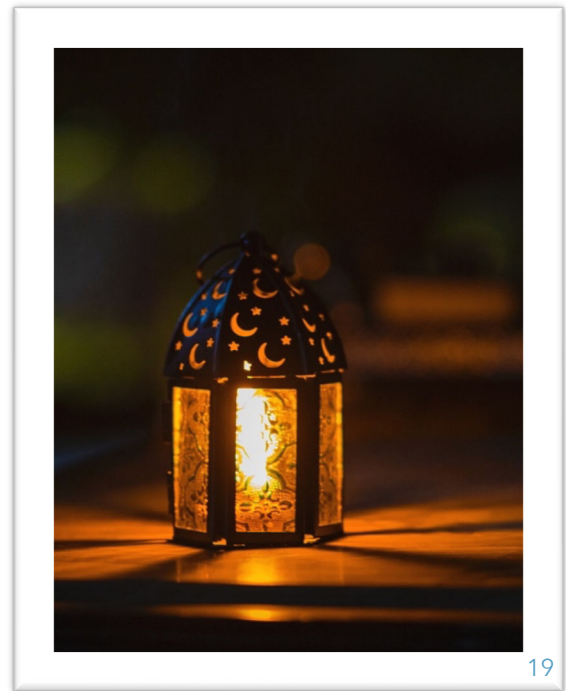
Aufruf 05.01.2021

57 Die Mehrheit der Bevölkerung (77 %) hält religiöse Vielfalt für eine Bereicherung für die hessische Gesellschaft, lediglich 12% sind

Die Religionszugehörigkeit der Neuzuwandernden hat sich in Wiesbaden in den letzten Jahren verändert. Die größte Zuwanderung nach Wiesbaden erfolgt in den letzten 5 Jahren aus Mitgliedstaaten der EU und hier aus christlich oder orthodox geprägten Kulturen.<sup>58</sup> Viele Gemeinden haben sich in der Hochphase der Zuwanderung Geflüchteter mit viel ehrenamtlichem Engagement als wichtige Partner bei der ersten Orientierung der Neuzugewanderten bewiesen.<sup>59</sup> Die Integrationsvereinbarung mit den islamischen Gemeinden<sup>60</sup>, ist ein wertvolles Instrument für einen Dialog auf Augenhöhe. Ereignisse und Entwicklungen wie die bundesweit erfolgten terroristischen Anschläge auf Menschen und Moscheen (Gotteshäuser) und die zunehmend starke Internetpräsenz von extremistischen Predigern haben das Thema Prävention mit all seinen Facetten auch im Diskurs mit den Islamischen Gemeinden zunehmend in den Vordergrund gerückt. Der Einfluss an salafistisch extremistischer Indoktrination über das Internet oder über vermeintliche Prediger ist in der Wahrnehmung der islamischen Gemeinden mittlerweile rückläufig. Hier scheinen die vielen kritischen Auseinandersetzungen mit und innerhalb der Gemeinden wie auch präventive Projekte mit

überhaupt nicht dieser Auffassung. Befragte mit Migrationshintergrund bejahen diese Aussage häufiger als jene ohne. 12% der Menschen mit Migrationshintergrund und 7% derjenigen ohne Migrationshintergrund bezeichnen sich als „sehr religiös“. Ihr Anteil ist seit 2013 um 4 bzw. 2 Prozentpunkte leicht gesunken. 41% der Befragten mit Migrationshintergrund und 45% der Befragten ohne Migrationshintergrund sagen, dass Religion in ihrem Leben eine geringere Rolle spielt als früher. Etwa je ein Drittel sieht die Rolle von Religion unverändert, und 29 % der Befragten mit bzw. 18 % der Befragten ohne Migrationshintergrund sprechen Religion heute eine größere Rolle zu

58 Die statistische Erfassung der Religionszugehörigkeit ist schwierig. Nur bei den etablierten



19

Jugendlichen und den Imamen Früchte zu tragen.<sup>61</sup> Das theologische Personal in den meisten Moscheevereinen ist mittlerweile sehr gut qualifiziert und überwiegend der deutschen Sprache mächtig. Die Imame nehmen damit eine wichtige Rolle ein zur Orientierung und Ansprache junger Menschen und leisten damit auch einen sehr wichtigen Beitrag zur Prävention vor extremistischem Gedankengut. Die Vertreter der meisten Gemeinden spiegeln in Gesprächen ein zunehmend friedvolles und von

christlichen Kirchen gibt es eine systematische Erfassung. Zahlen die es hierzu gibt, beruhen auf Schätzverfahren, die sich u.a. aus Rückschlüssen auf die Herkunftsländer speisen, oder repräsentative Befragungen.

59 Mit Ausnahme der steuerfinanzierten christlichen Kirchen, ist für die anderen Religionsgemeinden die Finanzierung des Religionspersonals teilweise durch Spenden in unterschiedlichem Maße eine Herausforderung.

60 Mittlerweile haben 14 Gemeinden die Integrationsvereinbarung zusammen mit der Landeshauptstadt Wiesbaden unterzeichnet.

61 Siehe hierzu auch die Darstellung der Extremismuspräventionsprojekte beim Handlungsfeld „Abbau Diskriminierung/Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ sowie „Extremismusprävention“

gegenseitigem Respekt getragenes Zusammenleben in der jeweiligen Nachbarschaft und im Stadtgebiet Wiesbaden wider. Die Kooperation mit der Stadt Wiesbaden, den Ämtern, der Polizei und anderen Institutionen wird überwiegend positiv bewertet. Anschläge wie in Hanau<sup>62</sup> tragen auch in Wiesbaden mittelbar zur Verunsicherung bei, doch werden von den Vertretern der Gemeinden keine Anhaltspunkte für ein grundlegendes Klima der Angst in Wiesbaden gesehen.

Islamische und andere religiöse Gemeinden<sup>63</sup> werden zunehmend sichtbarer im Stadtgebiet, bemühen sich um Transparenz und Kontakt mit der Stadtbevölkerung und bringen sich zunehmend in reguläre Strukturen wie zum Beispiel der professionellen Jugendarbeit ein. Neben bereits existierenden repräsentativen Moscheen wurde in Wiesbaden eine weitere große Moschee<sup>64</sup> in enger Kooperation mit der Landeshauptstadt Wiesbaden und unter Einbindung der Nachbarschaft vorbildlich und konfliktfrei errichtet. Nach wie vor gibt es jedoch Gemeinden, die einen geeigneten Standort

für einen Moscheebau oder ein Gebäude für die Umnutzung als Gebetsstätte suchen.

Aufgrund der muslimischen Bestattungsrituale und der Verbundenheit mit dem Herkunftsland, erfolgt die Beisetzung der älteren Generation noch überwiegend in den Herkunftsländern. Die jüngere Generation denkt zunehmend über die Bestattung in Deutschland nach. Dieser Prozess des Umdenkens wurde durch die aktuellen Reisebeschränkungen aufgrund der Coronapandemie nochmals verstärkt. Vorstellungen der islamischen Gemeinden reichen von einer Ausweitung der bereits existierenden Grabflächen auf dem Südfriedhof bis hin zu einem eigenen Friedhof mit islamkonformen Rahmenbedingungen wie der „ewigen Erde“.

Die Kooperation zwischen den verschiedenen religiösen Gemeinden entwickelt sich verstärkt durch gemeinsame Projekte wie zum Beispiel dem „interreligiösen Friedensgebet“ oder „Koran trifft Bibel“.

62 In Hanau wurden am 19. Februar 2020 zehn Personen ermordet. Der Täter erschoss neun Personen in und vor zwei Shishabars und auf der Fahrt zwischen beiden Orten. Später erschoss er in der elterlichen Wohnung seine Mutter und sich selbst. Wegen Terrorverdachts zog der Generalbundesanwalt die

Ermittlungen an sich, da „gravierende Indizien für einen rassistischen Hintergrund“ vorlägen.  
63 z. B. Syrisch-Orthodoxe Kirche St. Jesaja, Tibetischer Tempel in der Hasengartenstraße  
64 <https://ahmadiyya.de/gebetsstaette/moscheen/wiesbaden/> Aufruf am 05.01.2021



## Ziele

### Das wollen wir erreichen

- Das Miteinander zwischen Angehörigen unterschiedlicher Religionen, Konfessionen und Weltanschauungen basiert auf gegenseitigem Respekt.

## Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre

Die Jugendarbeit in den islamischen Gemeinden ist professionalisiert und in die Regelstrukturen eingebunden.

Das Anliegen, religiöse Veranstaltungen unter freiem Himmel wie z. B. das Gebet zum Abschluss des Ramadhan oder am Zuckerfest durchzuführen, wird durch die Stadt Wiesbaden im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt.

Die faktische Präsenz einer vielfältig religiös geprägten Stadtgesellschaft fließt in stadtplanerische Überlegungen mit ein.

Die Planung und Errichtung von Gotteshäusern findet frühzeitig und in enger Abstimmung mit den städtischen Institutionen statt.

Die Möglichkeiten für die islamische Bestattung in Wiesbaden werden in Abstimmung mit den Gemeinden weiter ausgebaut.

Aktivitäten und Maßnahmen zum interreligiösen Dialog werden gefördert.

## Integration als Querschnittsaufgabe

**Integration wird in Wiesbaden als kommunale Querschnittsaufgabe verstanden. Die ressortübergreifende Wahrnehmung dieser Aufgabe in der Stadtverwaltung, die Vernetzung mit freien Trägern, Institutionen und Einrichtungen der Integrationsarbeit sowie die Einbindung von Migrantenselbstorganisationen und ehrenamtlich Aktiven sind das konstituierende Grundprinzip der Arbeit.**

### Funktion des Amtes für Zuwanderung und Integration

Das Amt für Zuwanderung und Integration ist für die Umsetzung des Integrationskonzeptes verantwortlich und übernimmt dabei vor allem die folgenden Funktionen:

- Organisation und Moderation
- Vernetzung und Koordinierung
- die Initiierung, Begleitung und evtl. Durchführung einzelner Projekte
- Berichterstattung an die städtischen Gremien
- die Vertretung nach Außen

Das Amt für Zuwanderung und Integration ist damit für die Durchführung konkreter Integrationsmaßnahmen und -angeboten nicht vorrangig zuständig.

### Organisation der Steuerung und Vernetzung

Die Steuerungsgruppe Integration (SG) berät das Amt für Zuwanderung und Integration bei der Steuerung des Gesamtprozesses der Umsetzung des Integrationskonzeptes. Die Steuerungsgruppe setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der folgenden Institutionen zusammen:

- Vertretung des Dezernates
- Amt für Zuwanderung und Integration
- Vertretung der Migrationsberatungsdienste
- Ausländerbeirat
- Amt für Soziale Arbeit
- Sozialleistung- und Jobcenter
- Amt für Statistik und Stadtforschung
- Sportamt
- Kulturamt
- Gesundheitsamt
- Amt für Wirtschaft und Beschäftigung

Bei Bedarf kann die Steuergruppe um weitere Institutionen ergänzt werden.

## Berichtswesen

Das Amt für Zuwanderung und Integration legt den städtischen Gremien alle zwei Jahre den Integrationsbericht für die Landeshauptstadt Wiesbaden vor. Dieser Bericht enthält Aussagen zu:

- Einschätzungen der Steuerungsgruppe Integration zur Zielerreichung in den einzelnen Handlungsfeldern
- Geschäftsbericht der Integrationsabteilung mit einer Übersicht der geförderten Programme und Maßnahmen sowie den eingesetzten Ressourcen und
- Aussagen zu möglichen Entwicklungen und Schwerpunktsetzungen in den kommenden Jahren



## Übersicht der Beteiligten bei der Erstellung des Integrationskonzeptes

Wir danken allen Kolleginnen und Kollegen und allen Kooperationspartnern, die bei der Diskussion um die Ziele und Maßnahmen des Integrationskonzeptes 2021-2025 mitgewirkt haben (sortiert nach alphabetischer Reihenfolge):

Afghanischer Kulturverein e. V.  
Agentur für Arbeit Wiesbaden, Team Zukunftsstarter  
Ahmadiyya Muslim Jamaat Wiesbaden - Mubarak Moschee  
Amt für Soziale Arbeit  
Abteilung Grundsatz und Planung  
Abteilung Schulsozialarbeit  
Abteilung Kindertagesstätten  
Abteilung Sozialdienst, Sachgebiet Elternbildung und Frühe Hilfen  
Abteilung Jugendarbeit  
Abteilung Betreuende Grundschulen  
Abteilung Grundschulkinderbetreuung und ganztägige Angebote  
Fach- und Koordinierungsstelle Partnerschaft für Demokratie in Wiesbaden  
Amt für Statistik und Stadtforschung  
Amt für Wirtschaft und Beschäftigung, Jobnavi  
Amt für Zuwanderung und Integration, Abteilung Ausländerbehörde  
Angekommen e. V.  
AOK Beratungscenter Wiesbaden / Mainz-Kastel  
Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Wiesbaden  
Arbeiterwohlfahrt Wiesbaden e.V.  
BauHaus Werkstätten  
Beramí e.V. Frankfurt  
Berufswege für Frauen e. V.  
Bildungswerk der hessischen Wirtschaft e.V.  
Bistum Limburg, Bischöfliches Ordinariat  
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Regionalkoordination  
Bürgerkolleg Wiesbaden  
Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V.  
Stadtteilbüro BauHof  
Migrationsberatung  
Dezernat I, Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung  
DGB Hessen-Thüringen, Kreisverband Wiesbaden Rheingau-Taunus  
Diakonisches Werk Wiesbaden, Teestube  
DITIB Türkische Islamische Gemeinde zu Wiesbaden e. V.



Evangelisches Dekanat Wiesbaden  
Fachstelle Gesellschaftliche Verantwortung  
Fach- und Profilstelle Ökumene  
Freiwilligen-Zentrum Wiesbaden e. V.  
Fresko e. V.  
Gesundheitsamt  
Abteilung Kinder- und Jugendärztlicher Dienst  
Abteilung Gesundheitsförderung  
Abteilung Gemeindepsychiatrische Koordination  
Handwerkskammer Wiesbaden, Abteilung Ausbildung  
Helios Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden, Pflegeleitung und Sozialdienst  
Hessencampus  
Hessisches Landesamt für Verfassungsschutz  
Hochschule Rhein Main  
Internationaler Bund IB Südwest gGmbH, Bildungszentrum Wiesbaden  
Internationaler Bund IB, Jugendmigrationsdienst  
Industrie- und Handelskammer Wiesbaden, Abteilung Ausbildung  
Islamische Gemeinschaft der Bosniaken Wiesbaden e. V.  
Islamische Gemeinde e. V. Tauhid-Moschee  
Islamische Gemeinde Wiesbaden e.V. Ost-westlicher Diwan  
Islamischer Kulturverein e. V. Masjid Ali Mz. Kostheim  
Islamische Gemeinde e. V. Omar Ibn Al Khattab Moschee  
Jobcenter Rheingau-Taunus-Kreis  
Katholische Kirchengemeinde St. Bonifatius Wiesbaden  
Kulturamt, Abteilung Stadtteilkultur  
Luise-Schröder-Schule  
Marokkanischer Verein e. V. Masjid Badr  
MigraMundi e. V.  
Migrationsbeauftragte des Polizeipräsidiums Westhessen  
MUSE e. V.  
Netzwerk der Integrationskursträger  
Ordnungsamt, Geschäftsstelle Präventionsrat  
Personal- und Organisationsamt,  
Abteilung Aus- und Fortbildung, Personalentwicklung  
Abteilung Personaldienstleistungen, Personalsteuerungsdienst  
profamilia e.V.  
Schulze-Delitzsch-Schule  
Sirona e. V.  
Sozialdienst Katholischer Frauen SkF e. V.  
Sozialleistungs- und Jobcenter



Abteilung Kommunale Arbeitsvermittlung

- Fallmanagement Flüchtlinge
- Fallmanagement Jugend

Abteilung Materielle und Soziale Hilfen für Geflüchtete und Wohnungslose

- Sozialdienst Geflüchtete
- Maßnahmenmanagement Geflüchtete

Spiegelbild – Politische Bildung aus Wiesbaden

Sportamt

Staatliches Schulamt Wiesbaden-Rheingau-Taunus

Stadtjugendring Wiesbaden e. V.

Suchthilfezentrum e. V.

VIBIS e. V., Verein für islamische Bildung, Integration und Seelsorge

Volksbildungswerk AKK

Volksbildungswerk Klarenthal

Volkshochschule Wiesbaden e. V., Fachbereich Sprachen

Werkgemeinschaft e. V., Psychosoziales Zentrum Süd

Wiesbadener Servicestelle Deutsch

Wiesbadener sagen Willkommen (WisaWi) e.V.

wif e.V. Begegnung & Beratung

Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule

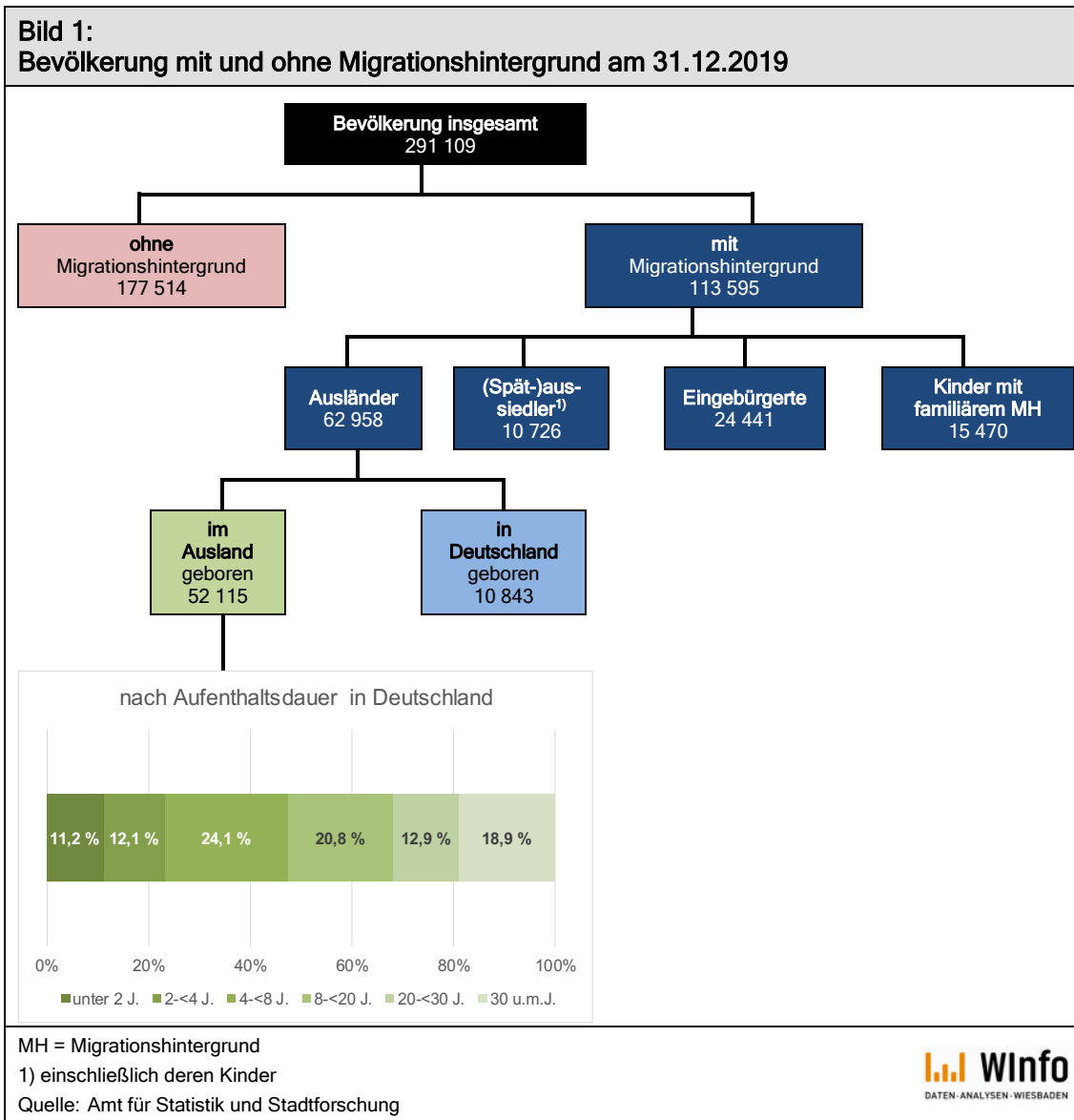
Willkommenslotse IHK Wiesbaden

WiPSO-net, Koordination Dagmar Benner

## Anlage Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund

In den beigefügten Übersichten wird die Zusammensetzung der Wiesbadener Bevölkerung und deren Untergliederung innerhalb der Gruppe des Bevölkerungsanteils mit Migrationshintergrund zum Jahresende 2019 und 2020 dargestellt.<sup>65</sup>

### Monitoring 2020 mit Daten Stand Ende 2019



65 S. Monitoring zur Integration von Migranten 2020

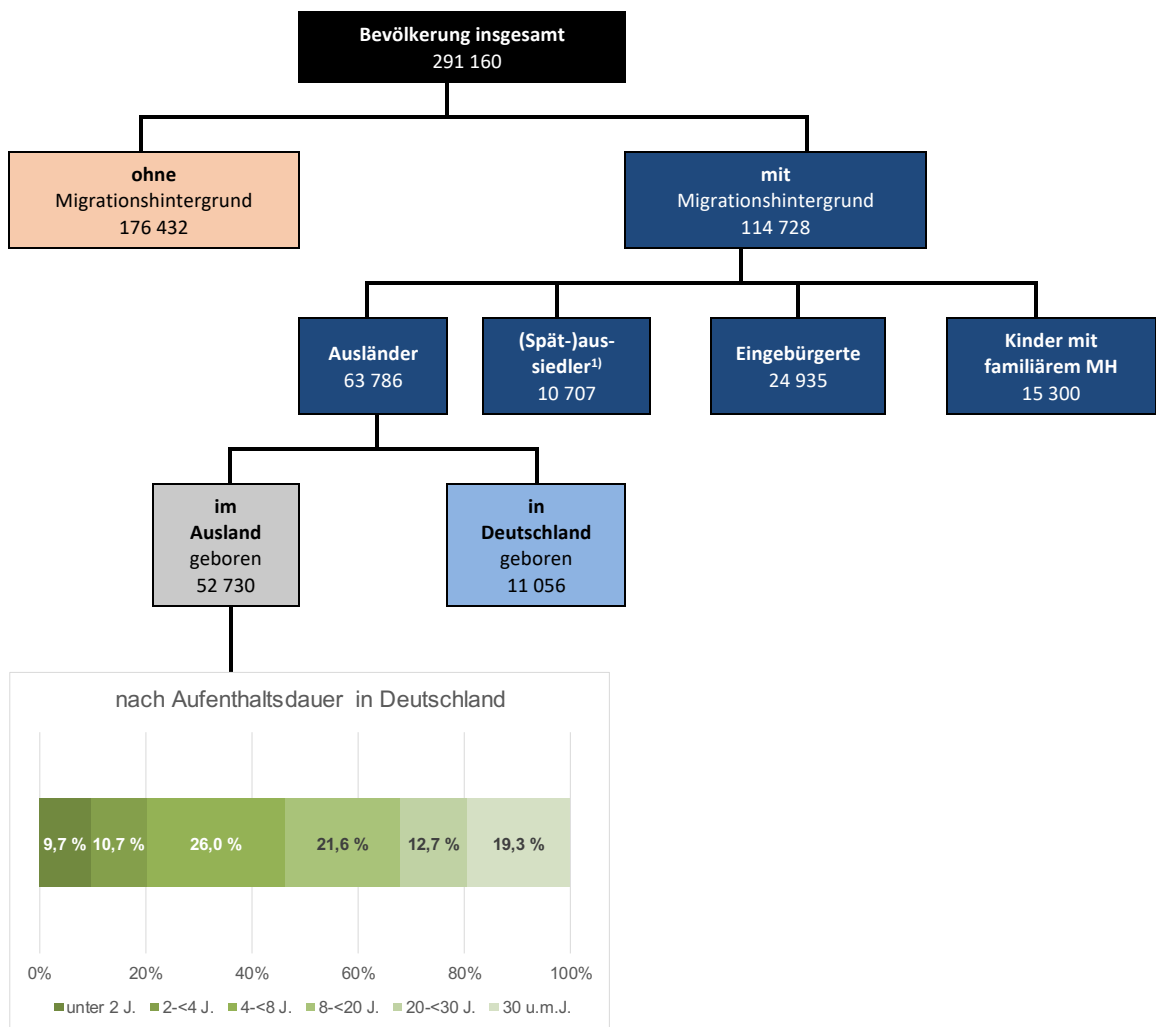
<https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/stadtportrait/Integrationsmonitoring-2020.pdf>

und Monitoring zur Integration von Migranten Fortschreibung der Daten und Indikatoren 2021



## Monitoring 2021 mit Daten Stand Ende 2020

**Bild 1:**  
**Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund am 31.12.2020**



MH = Migrationshintergrund

1) einschließlich deren Kinder

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

## Bildnachweise Fremdquellen

- 1) Foto von fauxels: <https://www.pexels.com/de-de/foto/personen-die-gruppenbilder-machen-3184398/>
- 2) Foto von Polina Tankilevitch: <https://www.pexels.com/de-de/foto/bucher-notizbuch-stift-frauen-6929180/>
- 3) Foto von Pixabay: <https://www.pexels.com/de-de/foto/schliessen-sie-herauf-fotografie-von-gelbgrunen-roten-und-braunen-plastikkegeln-auf-weiss-gefutterter-oberflache-163064/>
- 4) Foto von cottonbro: <https://www.pexels.com/de-de/foto/menschen-sommerfreunde-chillen-4881619/>
- 5) Foto von Mica Asato: <https://www.pexels.com/de-de/foto/gruppe-von-menschen-die-sich-zusammenkauern-1198171/>
- 6) Foto von Yan Krukov: <https://www.pexels.com/de-de/foto/frau-bucher-lacheln-student-8199626/>
- 7) Foto von Yan Krukov: <https://www.pexels.com/de-de/foto/menschen-frau-kunstschule-8613059/>
- 8) Foto von RF.\_.studio: <https://www.pexels.com/de-de/foto/gesichtsloser-professioneller-reparaturbetrieb-der-die-grafikkarte-im-servicecenter-repariert-3825584/>
- 9) Foto von Pixabay: <https://www.pexels.com/de-de/foto/frau-die-auf-papier-schreibt-267491/>
- 10) Foto von cottonbro: <https://www.pexels.com/de-de/foto/frau-halt-zwischenablage-3205566/>
- 11) Foto von Thirdman: <https://www.pexels.com/de-de/foto/ein-mitarbeiter-des-gesundheitswesens-misst-den-blutdruck-eines-patienten-mit-einem-blutdruckmessgerat-7659573/>
- 12) Foto von Mat Brown: <https://www.pexels.com/de-de/foto/feld-gras-stadion-ball-1084462/>
- 13) Foto von Julia M Cameron: <https://www.pexels.com/de-de/foto/freunde-manner-frauen-kleider-6995106/>
- 14) Foto von Element5 Digital: <https://www.pexels.com/de-de/foto/person-die-papier-aufschachtel-fallen-lasst-1550337/>
- 15) Stadtansicht Obere Webergasse  
Bildrechte: Wiesbaden.de / Foto: Wiesbaden Congress & Marketing GmbH
- 16) Theater-Kolonnaden  
Bildrechte: Wiesbaden.de / Foto: Wiesbaden Congress & Marketing GmbH
- 17) Das Museum Wiesbaden in der Friedrich-Ebert-Allee  
Bildrechte: Wiesbaden.de / Foto: Wiesbaden Congress & Marketing GmbH
- 18) Foto von William Fortunato: <https://www.pexels.com/de-de/foto/menschenmadchen-haus-niedlich-6393037/>
- 19) Foto von Ahmed Aqtai: <https://www.pexels.com/de-de/foto/braune-schreibtischlampe-auf-dem-tisch-2233416/>
- 20) Icons Seite 9: Flaticon.com

## **Impressum**

Herausgeber: Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden  
Amt für Zuwanderung und Integration  
Integrationsabteilung - 3302  
Alcide-de-Gasperi-Str. 2  
65197 Wiesbaden  
Tel.: 0611/31 4428  
E-Mail: [integration@wiesbaden.de](mailto:integration@wiesbaden.de)

Broschürengestaltung: Fabian Schmitt | [schmitt.marketingevents@gmail.com](mailto:schmitt.marketingevents@gmail.com)  
Umschlagsgestaltung: Oliver von der Heide | [olistyle.de](http://olistyle.de) /Foto: melita - stock.adobe.com  
Druck: Druckcenter der Landeshauptstadt Wiesbaden  
Stand: November 2022



